

DIE KONSTITUIERUNG DER BÜRGERLICHEN DEMOKRATISCHEN PARTEI UND IHR PROGRAMM VON 1945

von

LAJOS IZSÁK

Die Deklaration der Konferenz in Yalta der verbündeten Mächte hat die Aufmerksamkeit „der gewesenen Satellitstaaten in Europa der Achse“ darauf gelenkt, sie mögen die eine dringende Lösung erheischenden politischen und wirtschaftlichen Fragen mit demokratischen Mitteln lösen und sie möchten in die Durchführung „sämtliche demokratischen Elemente des Landes einbeziehen.“¹ In Ungarn wurde bereits vor der Aufforderung jenes Programm ausgearbeitet, das die Zusammenfassung der demokratischen Kräfte — wie die Arbeiterklasse, das Bauerntum, die deutschfeindliche Bourgeoisie und die im Laufe des Krieges nur weniger kompromittierten, Horthy unterstützenden Elemente — bezweckte und schliesslich zum ins Dasein — Rufen der sich auf diese stützenden provisorischen Regierung führte. In ihrem Vorschlag betitelt „Das Programm des demokratischen Wiederaufbaus und Aufschwingens von Ungarn“² der Ungarischen Kommunistischen Partei, das zur Grundlage des nationalen Zusammenhaltens diente, hat die Partei schon im November 1944 jene antifaschistischen, antifeudalen, antiimperialistischen Vorstellungen zusammengefasst, die ermöglicht haben, die Ungarische Nationale Unabhängigkeitsfront ins Leben zu rufen und in ihrem Rahmen die Aufgaben im vorstehenden Sinne zu verwirklichen. Das Programm stellte fest: „Es sind alle wirklich nationalen, deutschfeindlichen Kräfte zu sammeln! Man muss zu den Waffen greifen gegen die Deutschen und ihre Pfeilkreuzlersöldlinge, um unsere Freiheit und Unabhängigkeit erkämpfen zu können. Falls die Nation mit den Landesverderbern rücksichtslos abrechnet, wenn jeder ehrliche Ungar sich in der Ungarischen Nationalen Unabhängigkeitsfront zusammenschliesst, um ein neues, lebenskräftiges, demokratisches Ungarn aufzubauen, falls das Volk die Führung des Landes in ihre Hände nimmt, so gilt, dass: Ungarn war nicht, sondern wird erst sein!“³

Die Ungarische Kommunistische Partei stand nicht nur hinsichtlich der Programmgabe an der Spitze, vielmehr baute als erste in den befreiten Gebieten des Landes ihre Organisationen aus. Der schnelle Takt der Entwicklung der Parteiorganisation wurde damit bewiesen, dass die Zahl der

UKP bis zum Herbst 1945 die halbe Million überschritten hat, was wiederum bedeutete, dass 5,7% der Einwohner des Landes in die Partei eingetreten ist.⁴ In die Partei traten in erster Reihe die Arbeiter ein, doch konnte die Mitgliederwerbung auch in den Gebieten von überwiegend landwirtschaftlichem Charakter sehr ernste Ergebnisse aufweisen. Der kommunistische Einfluss war aber weder im Kreise der Arbeiter, noch im Kreise der Bauern gleichmässig, noch weniger ausschliesslich. Hinsichtlich der Arbeiterschaft war die Partei neben der Hauptstadt in den Bergwerkgegenden am stärksten. Es ist allgemein bekannt, dass die Kommunistische Partei den schwächsten Einfluss auf die Bauern allgemein in Transdanubien besass. Ihre Macht und ihr Gewicht wurde aber durch ihre Organisation, Einheit und ihr Programm, ihre Politik, die klarer und begründeter war, als diejenigen sämtlicher anderen Parteien, wesentlich gesteigert.

Neben der Kommunistischen Partei fiel auch der Sozialdemokratischen Partei im politischen Leben eine sehr wichtige Rolle zu. Sie konnte auch in Budapest bedeutende Organisationen aufweisen, doch entfielen mehr als die Hälfte ihrer Parteimitglieder in die Provinz. Als ebenfalls erheblicher Faktor kam in der Partei die Arbeiterschaft vor. Ein Teil der Arbeitermitglieder der SDP – die Eisenarbeiter, Drucker, usw. – haben sich noch vor der Befreiung in die sozialdemokratische Bewegung eingeschaltet, die übrigen hingegen waren solche Leute, die erst nach der Befreiung in den näheren Anziehungskreis des politischen Lebens hineingeraten sind. Der Einfluss der Partei war im Kreise der Kleinhandwerker und Kleinhändler wesentlich grösser, als derjenige der Kommunistischen Partei. Hinsichtlich der werktätigen Schichten der Gesellschaft besass die SDP im Kreise des Bauerntums das kleinste Gewicht in der Periode der Befreiung.

Neben der Ungarischen Kommunistischen Partei und der Sozialdemokratischen Partei existierte noch eine Partei – die Nationale Bauernpartei – die sich lediglich auf die politische Vertretung der arbeitenden Schichten verlegt hat. Die Zahl der Parteimitglieder war in den Komitaten Hajdu und Szabolcs am bedeutendsten, doch konnte die Partei auch in den Komitaten Szatmár, Veszprém und Zala starke Organisationen aufweisen. In die Partei traten im ganzen Lande überwiegend arme Bauern und zum Teil Mittelbauern ein. Der verhältnismässig schwächere Einfluss der Arbeiterparteien auf die Bauernschaft wurde durch die Nationale Bauernpartei bis zu einem gewissen Grade ausgeglichen, in erster Linie im Kreise der armen und neuerdings zu Landbesitz gelangten Bauern. Die bedeutenden Massen des Bauerntums konnten aber in der Periode der Befreiung von den linksgestellten Parteien selbst vereint nicht beeinflusst werden. Auf dem Kampfplatz des politischen Lebens hat im Organisieren des Bauerntums und von sonstigen Gesellschaftsschichten die Unabhängige Kleinlandwirtpartei eine entscheidende Rolle gespielt.

Mit dem Ausbau des Organisationsnetzes der Unabhängigen Kleinlandwirtpartei gleichzeitig begann auch der Anschluss der verschiedene

Klassen und gesellschaftlichen Schichten hinter die Partei. Ein grosser Teil der gewesenen Grossgrundbesitzer und der städtischen Bourgeoisie konnte keine andere Möglichkeit erblicken und suchte ihre politische Vertretung in dieser Partei. Die Partei der Bourgeoisie im Dorfe war auch schon traditionell die Kleinlandwirtepartei. Im Jahre 1945 war die entscheidende Mehrheit der reichen Bauern in dieser Partei anzutreffen. Aber auch ein Grossteil der Schichte der staatlichen Beamten und der Intelligenz fand in der Kleinlandwirtepartei Zuflucht. Im Dorfe haben sich dieser Partei nicht nur die reichen Bauern angeschlossen, sondern auch die Mittelbauern, sowie in manchen Orten auch die armen Bauern.⁵

Die Ungarische Nationale Unabhängigkeitsfront hat sich am 2. Dezember 1944 in Szeged konstituiert. Neben den vorstehenden Parteien wurden auch die Bürgerliche Demokratische Partei und die Freien Gewerkschaften ihre Mitglieder. Am 3. Dezember 1944, als in dem Städtischen Theater von Szeged im Rahmen einer Grossversammlung das Zusammenhalten der Parteien deklariert wurde, sagte Zoltán Örley in Vertretung der Bürgerlichen Demokratischen Partei: „Wir wurden von dem uns auferlegten Schweigen befreit; es übermannt uns das Begehren, dass alle demokratisch denkenden Ungarn in ein Lager gerufen werden. Unsere Partei ist die Bürgerliche Demokratische Partei. Ihr Ziel ist, alle Kräfte zu vereinigen, um dieses entvölkerte, ausgewucherte Land wieder aufzubauen. Wir wollen es mit den übrigen demokratischen Parteien zusammenarbeitend aufbauen, wir wollen ein schöneres, demokratisches Ungarn erkämpfen, erzwingen... Die Bürgerliche Demokratische Partei hat vieles zu sagen, so manches zu tun, doch besitzt sie zum Wiederaufbau und zur Erhebung Ungarns nur ein Programm. Ein Wille beseelt uns und deshalb haben wir uns zusammengetan... Wir glauben daran, dass die gemeinsame Idee, der gemeinsame Kampf, die gemeinsame Arbeit den Erfolg zeitigen werden: die Ausrottung vom Hitlerismus und das auf neuen, demokratischen Grundlagen aufgebaute, glückliche und ewige Ungarn.“⁶

Das Bürgertum — wenngleich eine gewisse Schicht von ihm auch dessen bewusst war, dass es benötigt wird, wurde vom Herbst 1944 und der beginnenden revolutionären Änderung unvorbereitet überrascht. Diejenige Schicht, welche auch schon zur Zeit des zweiten Weltkrieges eine deutschfeindliche Haltung gezeigt hat, nahm an der illegalen Organisation teil. Ein Beweis hiervon ist auch die Tätigkeit der unter der Führung von Géza Supka im Sommer 1943 eingeleiteten „SZEM-Bewegung“. Diese Benennung ergab sich nach den Anfangsbuchstaben der Lösungsworte dieser Bewegung: Freiheit, Menschlichkeit, Ungarntum. Supka war bestrebt, die Besten der wenigen, aufgeklärten, fortschrittlichen und demokratischen Intelligenzler hier zusammenzufassen, die dann später den Budapester Kern der später entstehenden Bürgerlichen Demokratischen Partei dargestellt hat.⁷ Das Sammelzentrum der Bewegung war die Nationale Demokratische Partei. Die Teilnehmer wurden ihrer Parteistellung ungeachtet organisiert. Nach der Machtergreifung der Pfeilkreuzler wurden verschiedene antifaschistische Propaganda-

schriften angefertigt, ferner wurden jüdische, fahnenflüchtige und links-gestellte Elemente mit falschen Papieren versehen. Ihre Zentrale war das Pajor-Sanatorium, wo anfangs 1945 auch die Budapester Organisation der Bürgerlichen Demokratischen Partei ins Leben gerufen wurde.⁸

Ein anderer Teil des Bürgertums – diejenigen, die auch schon zur Zeit der Gegenrevolutionsperiode an der Arbeit irgendeiner bürgerlichen Partei teilnahmen – organisierte sich unter verschiedenen demokratischen Benennungen auf den befreiten Gebieten des Landes. Widmen wir unsere Aufmerksamkeit den parteigründenden Versuchen der verschiedenen bürgerlichen Gruppen, so ist zu ersehen, dass die Organisation des Bürgertums zumeist von den Mitgliedern der gewesenen Nationalen Freiheitspartei von Rassay, bzw. der Nationalen Demokratischen Bürgerlichen Partei von Vázsonyi in die Wege geleitet wurde. Hieraus hat sich dann ergeben, dass die Organisationen von verschiedenen Benennungen erst zur Zeit der Provisorischen Nationalversammlung die Benennung Bürgerliche Demokratische Partei angenommen haben. Diejenigen Gruppen, welche sich zur Bürgerlichen Demokratischen Partei angeschlossen haben, benutzten anfänglich am meisten die Benennungen Demokratische Bürgerliche Partei, Ungarische Nationale Radikale Demokratische Partei, Radikalische Demokratische Partei, Demokratische Bürgerliche Partei.⁹ Als selbständige politische Kraft erscheint die Partei erst unmittelbar zur Zeit der Befreiung und sie nimmt dann auch an der Gründung der Ungarischen Nationalen Unabhängigen Front in Szeged teil.

Ende November 1944 beginnen Zoltán Örley und Róbert Papp mit dem Organisieren des demokratisch eingestellten Bürgertums in Szeged.¹⁰ In Debrecen fingen auch zu diesem Zeitpunkte die bürgerlichen Gruppen mit ihrer Organisation an. Unter dem Namen Radikale Demokratische Partei rufen sie am 28. November die Partei ins Leben und am 15. Dezember schmilzt dann diese Partei in die Bürgerliche Demokratische Partei ein.¹¹ Im Ausbau der Parteiorganisationen stellen die Wahlen für die Provisorische Nationalversammlung ein Geschehen von entscheidender Bedeutung in den befreiten Gebieten (14–20. Dezember 1944) dar. In den meisten Orten wurde die Partei als Mitglied der Unabhängigen Front errichtet.

Im Zeichen des Programms der Ungarischen Nationalen Unabhängigen Front wollte die Partei in erster Linie das Bürgertum für sich gewinnen. Innerhalb von diesem auch nur die „fortschrittlichen“ Bürger, einen Teil der mittleren und der Kleinbürger, sowie die Intelligenz, die sie im politischen Leben zu vertreten wünschte. Dies wurde bereits bei der anfänglichen Ankurbelung der Arbeit neben der persönlichen Zusammensetzung und Weltanschauungsheterogenität der Partei auch durch solche Faktoren erschwert, wie die Aktivitäten der in der Partei vertretenen Gruppen, die unterschiedliche Interessen hatten. „In der Partei war eine Gruppe der Aristokraten, eine, die Bankinteressen hatte, eine, die klerikalisch eingestellt war, wiederum eine andere, die „legitimistisch gesinnt war, eine, die sozialistische Ideen vertrat und eine, die bürgerlich war. Es waren Leute, die mit der Kleinlandwirtpartei, auch solche,

die, „mit der christlichen Gesellschaft“, ferner, die „mit den Arbeiterparteien zusammenwirken wollten“ — wie dies im Zusammenhang mit den Schwierigkeiten des Beginns von einem der späteren Führer der Partei, Nándor Gorzó charakterisiert wurde.¹² Die Partei vermochte auch jenen Teil der sog. Mittelklasse zu ihrer Fahne zu rufen, welche vornehmlich in der Kleinlandwirtpartei — darin auch in deren bürgerlichen Gruppe — keine Vertretung fand. Der Anwerbungskreis der Partei wurde auch durch die Tatsache eingeschränkt, dass der grösste Teil des Bürgertums die Geschehnisse nicht nur beim Start, sondern auch nach der Befreiung passiv beobachtete, offen keine Verantwortung auf sich nehmen wollte und somit im Ausbau und in der Kräftigung der ungarischen Demokratie nicht im Verhältnis zu seiner Stärke teilnahm. Gyula Szekfü hat dies wie folgt aufgesetzt: „Ohne auf diese bitteren Sachen auch weiterhin näher einzugehen, müssen wir das Wesen hervorheben, nämlich, dass der Mittelstand in jener politischen Atmosphäre nicht fähig war, sich mit der Arbeiterschaft zu vereinigen, die mittelstandgegnnerische Einstellung dieser abzuschwächen und mit vereinter Anstrengung die Wiederherstellung des Landes sozusagen vom Nichts anzustreben... der Händedruck kam nicht zustande, die Mittelklasse suchte zum gegebenen Augenblick auch weiterhin die Verbesserung ihrer stark herabgesunkenen Lebensverhältnisse zu verwirklichen und überliess die Sorgen des Wiederaufbaus der Arbeiterklasse und deren Führern.“¹³ Man wollte die Partei schon beim Start in vielen Orten nicht als Mitglied der Unabhängigen Front anerkennen und somit wollte man sie auch in die Nationalen Ausschüsse nicht hineinnehmen.¹⁴

Die Bürgerliche Demokratische Partei wurde von den für die Provisorischen Nationalversammlung gewählten 230 Abgeordneten in Debrecen durch 12 vertreten.¹⁵ Diese Zahl ergänzte sich zur Zeit der Ergänzung in Budapest (am 2. April 1945) und in Transdanubeien (am 24. Juni 1945) um 6, bzw. 3 Personen erhöht.¹⁶ Mithin wurde die Partei in der Provisorischen Nationalversammlung von 21 Abgeordneten vertreten, dies bedeutete 4,2% der Abgeordneten. Diese Verhältniszahl sagt an und für sich nicht viel, wen sie zu vertreten beabsichtigten, wurde von Jenő Leitner in der Debatte über das Regierungsprogramm aufgesetzt, als er erklärte: „Ich vertrete und nehme in Schutz die ... verletzte Mittelklasse, die derzeit unter Krisen leidet. Dies gilt sowohl für die alte: für die Kleingewerbler, Kleinkaufleute, die Schichten der Klein- und Mittelgrundbesitzer, als auch für die neue Mittelklasse: für die Schichten der mittleren und privaten Angestellten, der Ärzte, Advokaten und Schriftsteller.“¹⁷ Die Partei war auch bemüht, alles zu unternehmen, um diese Schichten für ihre Reihen zu gewinnen. Darauf weisen jene Schriften, Reden hin, die von den Führern der Partei an das Bürgertum gerichtet wurden. Sándor Szent-Iványi lenkt die Aufmerksamkeit der Bürger in einem seiner Artikel darauf, dass „Es leichter ist, sich für die Bösen einzusetzen, als dies für die Gleichgültigen zu tun ... wir stellen die Frage an sie (nämlich an die Bürger — L. I.), wann sie es endlich einsehen werden, dass von den jetzt stattfindenden Vorbereitungen weg-

zubleiben, . . . , von den Kämpfen der politischen Parteien wegzubleiben und von der Lenkung der öffentlichen Meinung des Landes so viel bedeutet, wie aus der Zukunft herauszufallen. Falls die grosse Mehrzahl des Bürgertums die Stellungnahme nicht ändert, und sich den das neue Ungarn bauenden politischen Kräften nicht anschliesst, so verliert es seine Bedeutung.“¹⁸

Obgleich die Organisation der Partei entscheidend durch diese Faktoren erschwert wurde, war auch das ein Hindernis hiefür, dass die Arbeit wesentlich um zwei Zentralen herum – im Dezember 1944 in Debrecen, im Februar 1945 in Budapest – in die Wege geleitet wurde. Während in Debrecen die Arbeit von solchen Führern geleitet wurde, wie Graf Géza Teleki, Graf Ladomér Zichy, ferner Zoltán Örley und Jenő Leitner, haben in Budapest Géza Supka, Ernő Bródy, József Kabakovits und andere bekannte Kämpfer der bürgerlichen Demokratie die Partei organisiert. Die beiden Zentralen haben sich erst nach der Befreiung der Hauptstadt vereinigt und erst dann wurde die Landeszentrale der Partei errichtet. Dem Wesen nach hat auch der Ausbau der Organisationen in dem das ganze Land angehenden Ausmasse erst danach begonnen.

1. Konstitution der Landesparteileitung und Ausbau der Parteiorganisationen; Géza Teleki als Präsident der Partei

Die verzögerte Vereinigung der Zentralen von Debrecen und Budapest war in erster Linie auf objektive Hindernisse zurückzuführen. Bei der Parteigründung in Debrecen war die Hauptstadt noch in Händen der Deutschen. Die Aufnahme der Beziehungen zwischen den beiden Zentralen wurde von der in Debrecen angeregt. Als am 28. Januar 1945 Béla Zsedényi die Hauptstadt aufsuchte, wurde er vom Polizeimajor Ubul Verő begleitet, der einer der Debrecener Beauftragten der Partei war. „Wir gingen am 30. Januar in das Pajor-Sanatorium – schrieb Verő in seinen Memoiren – wo wir im Keller den Universitätsprofessor Gyula Kornis, den unitarischer Bischof Sándor Szent-Iványi und den hervorragenden Publizisten Géza Supka getroffen haben. Zsedényi hat auch sie über alles unterrichtet und damit war auch der offizielle Teil der Reise beendet.“¹⁹ Die Leiter der Budapester Organisation erfuhren aus dieser Unterredung, dass die Bürgerliche Demokratische Partei als Mitglied der Ungarischen Nationalen Unabhängigen Front am politischen Leben teilnimmt, obgleich die Partei in der Provisorischen Nationalen Regierung nicht vertreten war. Géza Teleki, der später bereit war, die Präsidentenschaft der Partei zu übernehmen, hat damals als Parteiloser die Arbeit des Ministeriums für Religion und Unterricht geleitet. Béla Zsedényi übermittelte den Budapestern damals die amtliche Bestätigung dafür, wonach „Die Bürgerliche Demokratische Partei als eine der in der Ungarischen Nationalen Unabhängigen Front zusammengetretenen fünf Parteien des Parlaments dem Präsidium der Nationalversammlung die Konstitution der Landesparteileitung angezeigt hat. Der Landespar-

teilung stehen sämtliche Rechte zu, über die die übrigen vier Parteien (Ungarische Kommunistische Partei, Unabhängige Kleinlandwirte- und bürgerliche Partei, Sozialdemokratische Partei, Nationale Bauernpartei), welche sich in der Ungarischen Nationalen Unabhängigkeitsfront zusammengetan haben, verfügen“.²⁰ Im Besitze dieser Bestätigung melden die Mitglieder der Budapester Gruppe am 2. Februar 1945. dem Budapester Nationalen Ausschuss die Konstitution der Budapester Organisation der Bürgerlichen Demokratischen Partei an.²¹

Die Anerkennung der Partei stiess bei dem Budapester Nationalen Ausschuss auf Hindernisse. Als dieser am 21. Jänner 1945. ins Leben gerufen wurde, haben die Mitglieder der Partei daran nicht teilgenommen, obgleich Ernő Bródy am 28. Januar zu seinen Mitgliedern berufen wurde,²² doch die Bürgerliche Demokratische Partei meldete sich als Organisation erst am 2. Februar. Der Budapester Nationale Ausschuss richtet am 10. Februar ein Schreiben an die Partei, worin erklärt wird, dass „neben der Anerkennung der Partei der Nationale Ausschuss hinsichtlich der Vertretung von ihr nichts unternimmt.“²³ Die Führer der Partei setzen ein Memorandum für den Präsidenten der Provisorischen Nationalversammlung auf und ersuchen darin Herrn Béla Zsedényi, „er möchte in dieser Angelegenheit sich bei der Budapester Nationalen Ausschuss dafür einsetzen, dass die Budapester Gruppe der Bürgerlichen Demokratischen Partei als eine den anderen Parteien gleichgestellte Korporation anerkannt wird, ihrer die Nation wiederaufbauenden Tätigkeit kein künstliches Hindernis in den Weg legen soll.“²⁴

Mit dieser Beschwerde hat sich Anfangs März auch der Politische Ausschuss der Nationalversammlung befasst. Es taucht schon hier in erster Linie seitens Ernő Gerő auf, dass obgleich gegen die Partei kein besonderer Einwand erhoben werden kann, so ist dies jedoch der Fall „gegen ihre reaktionäre Führung“.²⁵ József Révai fordert an dieser Sitzung, die Partei soll eine Erklärung ablegen, dass sie keinerlei Verpflichtungen mit Rassay eingeht. Zoltán Örley, der dieser Sitzung beigewohnt hat, gibt in diesem Sinne eine Erklärung ab und sagt: „Die Bürgerliche Demokratische Partei verneint jederlei Gemeinschaft mit Rassay. Zielsetzung der Partei ist, die bürgerlichen demokratischen Elemente zu vereinigen... Möglicherweise sind vielleicht keine entsprechende Elemente in der Budapester Organisation, doch soll dies untersucht werden.“²⁶ Diese drei Stellungnahmen verdienen nicht nur deshalb Beachtung, weil sie auf die innere Lage der Partei hinweisen, sowie auf das Verhältnis der Führer untereinander, sondern auch deshalb, weil sie die Aufmerksamkeit darauf lenkt, dass die Kommunistische Partei schon zu dieser Zeit die Partei nicht als einen ebenbürtigen Koalitionspartner betrachtet hat. Auf die Vorbehalte der Führer der Ungarischen Kommunistischen Partei in Verbindung mit der Partei weist auch die Rede von Mátyás Rákosi, die er als erste nach der Befreiung der Hauptstadt hielt. Er erklärte am 22. Februar 1945 vor der Budapester Parteiaktive hinsichtlich der Bürgerlichen Demokratischen Partei: „Es ist auch hier die Gefahr zu gewärtigen, dass alle reaktionär eingestellten Elemente der

Stadt hierherströmen und versuchen werden, auch diese als Deckpartei umzugestalten.“²⁷ Vielleicht war es im Winter 1945 verfrüht, dies über die Partei festzustellen. Im Laufe vom Januar und Februar waren die Führer in erster Linie damit beschäftigt, die beiden Leitungen zu vereinen. Das erste Treffen zwischen den beiden Gruppen fand am 15. Februar 1945. statt. Der geschäftsführende Vizepräsident Graf Ladomér Zichy, Generalsekretär József Béres und Áron Gábor haben sich an diesem Tage in Budapest mit den hauptstädtischen Führern der Partei getroffen.²⁸

Sie wenden sich mit dem Ersuchen an die Budapester, sie möchten in den Präsidialrat der Partei fünf Mitglieder entsenden. An dieser Sitzung wird beschlossen, dass in den Präsidialrat der Partei Gyula Kornis, Géza Supka, Sándor Szent-Iványi, Lajos Láng und Miklós Makay delegiert werden. Zichy wirft auch die Möglichkeit auf: in Debrecen existieren solche Vorstellungen, dass nach der Übersiedlung der Regierung nach Budapest die Bürgerliche Demokratische Partei auch einen Ministerposten ohne Portefeuille erhalten würde. Es wurde die Vereinbarung getroffen, dass dieser Posten mit Miklós Makay besetzt werden soll.²⁹ Nach dieser ersten gemeinsamen Beratung blieben zwischen den beiden Gruppen noch zahlreiche sehr wichtige Fragen offen. Sie konnten sich weder in der Person des Parteipräsidenten einigen, noch in den Fragen des Parteiblattes, der Ausarbeitung des Parteiprogramms, was alles sehr wesentlich war vom Gesichtspunkt der weiteren Parteitätigkeit.

Betrachtet man das Landesparteipräsidium, so lässt sich feststellen, dass mit Ausnahme von Szent-Iványi und Kelemen kein einziges der Mitglieder auf dem Kampfplatze des politischen Lebens zwischen den beiden Weltkriegen unbekannt war. Der bekannteste unter ihnen war Ernő Bródy. Er beteiligte sich schon zum Anfang des Jahrhunderts an der Arbeit der damals von Vilmos Vázsonyi geführten Demokratischen Partei. Zuerst wurde er 1906 Abgeordneter. Die Parlamentsperiode von 1922 – 25 ausgenommen war er aktives Mitglied der Nationalversammlung. Nach dem Tode von Vázsonyi war er Jahre hindurch Präsident der Nationalen Demokratischen Partei, sodann eine führende Persönlichkeit der liberalen Bürgerlichen Freiheitspartei. Er nimmt im politischen Leben der Hauptstadt eine vornehme Stellung ein und sowohl seine Tätigkeit, als auch sein Name waren mit der Politik der bürgerlichen Opposition verkettet. Géza Supka war schon während des ersten Weltkrieges ein aktiver Kämpfer des Gedankens vom bürgerlichen Radikalismus. Ende 1918 wird er vom Nationalrat zum Gesandten in Prag ernannt, von hier stammt auch seine enge Beziehung zu Mihály Károlyi. Zwischen den beiden Weltkriegen widmet er sich archäologischen, kunsthistorischen und literarischen Arbeiten, sowie einer publizistischen Tätigkeit. Er ist ein Polyhistor grossen Wissens, eine markante Persönlichkeit der ungarischen Intelligenz. József Kabakovits war Richter am Gerichtshof, wurde dann später ein namhaftes Rechtsanwalt. Lajos Láng ist gewesenes Oberhausmitglied, Rechtsanwalt, der im Namen der Demokratischen Partei während der Debatten im Oberhaus aufsehenerregende Reden gegen die Judengesetze gehalten hat. Miklós Makay ist gewesene

Sekretär der Budapester Handels- und Gewerbekammer, dem wegen einer Kandidatur an der Liste der Bürgerlichen Liberalen Partei – die er angenommen hatte – vom Heldenstuhl der Titel eines Helden 1939 aberkannt wurde. Der geschäftsführende Präsident der Partei ist Sándor Szent-Iványi, Professor der Theologie, Bischof der Unitarischen Kirche, der seine Studien an der Harvard-Universität in Amerika absolviert hat. Er verfügt über erhebliche westliche Verbindungen, während der Schreckensherrschaft von Szálasi hat er auf Ersuchen der schweizerischen Gesandtschaft Mitglieder der amerikanischen und englischen Kolonien, ferner einen Teil der angelsächsischen Kriegsgefangenen im Pajor-Sanatorium verborgen gehalten.

In den Budapestern hat schon damals das aggressive Verhalten von Zichy und Béres Befremden ausgelöst. Sie hatten das Gefühl, dass die Gruppe von Debrecen sich bemüht, sie in der Führung der Partei zurückzudrängen. Dies hat sich vornehmlich in der Frage des Parteiblattes gezeigt. Die Regierung hat die Konzession der Debrecener Leitung zum Erscheinen des Blattes erteilt, doch hat sich die Genehmigung der Alliierten Kontrollkommission verzögert. Die Debrecener Gruppe wollte auch die Leitung von Géza Supka beim Blatt nicht anerkennen, was schliesslich eine Verzögerung von einem Monat zeitigte. Bis das Blatt *Világ* (die Welt) durch die Partei mit Supka als Chefredakteur herausgegeben werden konnte (die erste Nummer erschien am 14. Mai 1945), haben Zichy, Béres und Gábor an der Arbeit der Parteileitung schon gar nicht mehr teilgenommen.³⁰

Bei der ersten Zusammenkunft zeigte sich das Einvernehmen hauptsächlich hinsichtlich der Parteiorganisation. Auch darin standen die Budapestern an der Spitze. Bis Mitte März 1945 ist ihre Organisationsarbeit so weit gediehen, dass die Mitgliederzahl der Partei in der Hauptstadt 2500 erreichte, wobei die Aufnahme von 500 Mitgliedern in die Wege geleitet war.³¹ Gemäss den erhaltenen Protokollen haben die Debrecener und Budapestern Parteileitungen noch zweimal miteinander verhandelt. Am 22. Februar 1945 in der Frage des Parteiprogramms und am 19. März bezgl. der Frage des Parteipräsidiums. Mit der endgültigen Ausarbeitung des Programms wurde Gyula Kornis betraut, doch konnten sie in der Frage des Parteipräsidiums zu keinem endgültigen Standpunkte gelangen. Ernő Bródy wurde in seinem Posten als Ko-Präsident bestätigt, Sándor Szent-Iványi wurde zum geschäftsführenden Ko-Präsidenten gewählt.³² Zum Präsidenten der Partei wurde schliesslich im Sinne des Übereinkommens der beiden Organisationen Géza Teleki, Minister für Religion und Unterrichtswesen aufgefordert, der diese Beauftragung am 9. April 1945 auch angenommen hat.³³ Mit dem Besetzen der Präsidentenwürde nahezu gleichzeitig wurde auch der Parteimagistrat gewählt. Geschäftsführender Präsident wurde Sándor Szent-Iványi, Vizepräsidenten wurden Ernő Bródy, Zoltán Örley, zum Anwalt war József Kabakovits gewählt, Zentralsekretär wurde Sándor Kelemen. Im Präsidialrat beteiligten sich neben diesen zu der Zeit auch die gewählten National-

versammlungs-Abgeordneten der Partei und auch die Präsidenten der Fachausschüsse.³⁴

Es ist kein Zufall, dass diese Gruppe nicht besonders begeistert war, im Stuhl des Präsidenten jenen Géza Teleki zu sehen, der mit Rücksicht auf seinen Vater und infolge der Waffenstillstandsverhandlungen sich einen „politischen“ Ruhm zu erwerben vermochte, doch wurde er für die Würde des Parteipräsidenten als ungeeignet angesehen. Der vormalige Oberstleutnant der Horthy-Armee, Zoltán Örley wurde nur als Soldat und als ein demokratisch eingestelltes Individuum behandelt. Gleichzeitig versuchen sie, in die Parteileitung Rechtsanwälte, Pfarrer und andere Intelligenzler einzuschalten, die für sie die Weiterführung der demokratischen bürgerlichen Linie bedeuten und zufolge ihres „verneinenden“ Verhaltens in der Periode der Gegenrevolution – meinen sie – sind sie auch für die Anhänger der Volksdemokratie „possibel“. Von diesen haben in der Parteileitung wichtige Rollen angenommen: Miklós Balassa, Mátyás Vészy, Nándor Gorzó, Béla Haypál und Rezső Rupert. Mit der Wahl des Parteipräsidiums gleichzeitig werden auch die Organisations-Statuten der Partei³⁵ erstellt, auf deren Grundlage versucht werden soll, die Organisationen in der Hauptstadt und in der Provinz auszubauen.³⁶

Seitens der Parteileitung wurde das grösste Augenmerk auf die Errichtung der hauptstädtischen Grundorganisationen gerichtet. In deren Interesse haben sie auch die Stellungnahme des Budapester Nationalausschusses in Verbindung mit der Partei urgirt. Ernő Bródy hat am 1. März 1945 den Ministerpräsidenten Miklós Béla Dálnoki in Debrecen aufgesucht, wobei eine gewichtige Frage ihrer Verhandlungen „das abweisende Verhalten“ des Budapester Nationalen Ausschusses in Verbindung mit der Partei war.³⁷ Bródy erhielt das Versprechen, dass diese Frage mit dem Nationalen Ausschuss geregelt werden soll, spätestens, wenn die Regierung in die Hauptstadt übersiedelt. Die Regelung erfolgte aber schon früher. Am 8. März 1945 wurde der Nationale Ausschuss umgestaltet und danach liess sich die Bürgerliche Demokratische Partei an den Sitzungen mit 3 Mitgliedern (Bródy, Supka, Szent-Iványi) vertreten.³⁸ Somit wurde auch das „amtliche“ Hindernis aus dem Wege geräumt.

Die erste Bezirksorganisation in Budapest wurde am 25. März 1945 ins Leben gerufen, in Kőbánya mit 150 Mitgliedern.³⁹ Die nächsten waren die Grundorganisationen der Bezirke V., VI. und IX. Die Gründung und der Ausbau der hauptstädtischen Grundorganisationen hat sie ziemlich lange verzögert. Zuletzt hat sich die Organisation des I. Bezirkes konstituiert, u.zw. am 19. August 1945.⁴⁰ Über die Mitgliederzahl der Grundorganisationen stehen uns keine verlässlichen statistischen Angaben zur Verfügung. Hingegen besitzen wir Aufstellungen solchen Charakters, welche hinsichtlich der sozialen Zusammensetzung der Partei Stützpunkte liefern. Demnach wurden die Mitglieder hauptsächlich von den Schichten der Angestellten, der Kaufleute, Rechtsanwälte, Ärzte, Journalisten Ingenieure, Lehrer und Handwerker geworben. Ihre Lage wurde durch

die Unsicherheit erschwerte, die um die Erstellung des Programms herrschte. Es stand ihnen auch keine Presse zur Verfügung. Die Parolen „Freiheit, Menschlichkeit, Ungarntum“, die ihren Inhalt aus den Traditionen der französischen Revolution geschöpft haben, waren nicht geeignet, den „Pester Bürger“ ausser den bereits früher angeführten Ursachen, anzuziehen. In ihrer Deutung bedeutet das Wort „Ungarntum“ eine Entschlossenheit, die ohne jeden Chauvinismus gegen keinen der Nachbarn gerichtet ist, „um in dem Wirbel der Zeiten jenen Farbfleck zu erhalten, den unsere Nation in dem Meere der Völker repräsentiert.“⁴¹ Dies dürfte zur gegebenen Zeit höchstens für die Konzipierenden etwas bedeutet haben. Ihre politische Stellungnahme wurde zum Teil auch durch die Stellungnahme widerspiegelt, die auf die Frage, welche vom sowjetischen militärischen Kommando an die Führer der Partei gerichtet wurde, in aussenpolitischer Beziehung erteilt wurde. „Falls die Aussenpolitik der Regierung (d.i. die Provisorische Regierung) den Nachbarn gegenüber ein Verständnis aufweist und den Alliierten gegenüber eine ehrliche Kooperation verwirklicht, so kann sie mit der Unterstützung der Partei rechnen.“⁴² Auf die schicksalsentscheidenden Fragen der Innenpolitik konnten sie zu dieser Zeit selbst ihren Parteimitgliedern keine zufriedenstellenden Erklärungen geben. Im Grossen und Ganzen haben sie betont, dass sie die Koalitionsregierung — falls an der Verantwortung jede Partei beteiligt ist — unter den gegebenen Umständen bejahen, doch falls eine konkrete Stellungnahme zu gewärtigen war, so waren sie nicht imstande, ihre „engen Interessen“ zu übertreten. Somit haben sie auch vor den übrigen Parteien das Vertrauen verloren, das für sie ermöglicht hätte, an der Koalition teilnehmen zu können.

Die Aufhebung des Grossgrundbesitzersystems war im Frühjahr 1945 die Schlüsselfrage des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritts. Dies konnte in manchen Beziehungen entscheiden und hatte zum Teil auch entschieden, wie sich die Zusammenarbeit der Parteien und die Beziehungen ihrer Massen zur Partei gestalten sollen. Hinsichtlich der Bodenaufteilung war die Bürgerliche Demokratische Partei mit den übrigen Parteien einer Meinung und hielt dies ebenfalls für notwendig, doch bot sich die Möglichkeit, irgendwie einen Einwand dagegen zu erheben, so hat dies die Partei nicht versäumt. Géza Teleki war — zwar nicht als Parteipräsident — der einzige Minister, der die Bodenbesitzaufteilung ablehnte.⁴³ Unter den Parteien der Unabhängigkeits-Front war die Bürgerliche Demokratische Partei die letzte, welche bezgl. der Notwendigkeit der Bodenreform eine Stellung eingenommen hatte und betonte, dass „nachdem die Zersplitterung den rationellen Forderungen nicht entspricht, setzt sie sich für die Errichtung von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften ein.“⁴⁴ Die Partei lenkte die Aufmerksamkeit auch darauf besonders hin, dass bei der Bodenreform in erhöhtem Masse diejenigen berücksichtigt werden sollen, die irgendeine landwirtschaftliche Schule absolviert haben.⁴⁵ Es kann also nicht als reiner Zufall betrachtet werden, dass im Laufe der Parlamentsdebatte der

Bodenreformverordnung István Füzesséry im Namen der Partei erklärte, dass „diese Verordnung ohne uns geschaffen wurde.“⁴⁶

Nach der Befreiung wurden die Parteiorganisationen hauptsächlich in den grösseren Städten und in den Komitatssitzen erstellt. Neben den Organisationen in Szeged und Debrecen waren wesentlichere Organisationen in Miskolc, Eger, Nyíregyháza, Kecskemét, Kiskunfélegyháza, Baja, Pécs, Szekszárd, Kaposvár, Szombathely und in der unmittelbaren Umgebung der Hauptstadt tätig. Von den Komitatsorganisationen war – hinsichtlich der Mitgliederzahl der Grundorganisationen – am meisten wichtig diejenige vom Komitat Pest-Pilis-Solt-Kiskun. Die Partei konnte in 50 Ortschaften des Komitats eine Organisation aufweisen.

Unter den bedeutenderen Organisationen der Provinz begann ihre Tätigkeit unter der Leitung vom Chefarzt Dr. Géza Spányi die Organisation von Nyíregyháza bereits am 20. Dezember 1944.⁴⁷ Die Parteiorganisation von Békéscsaba wurde im Januar 1945 ins Leben gerufen. Über deren Aktivität berichtete ein im März aufgesetzter Bericht vom örtlichen Sekretär der Kommunistischen Partei folgendes: „... die Bürgerliche Demokratische Partei ist trotz ihrer mittleren Lage und bürgerlichen Zusammensetzung eine der am meisten kampflustigen und radikalistischen Parteien und sie kämpft sehr energisch im Interesse der Steigerung der Purifikationskraft der Gesellschaft und des Taktes der letzteren Ihre diesbezgl. Tätigkeit wird von den Arbeiterparteien sympathisierend begrüsst.“⁴⁸ Dies kann jedoch nicht über die Arbeit der sonstigen Organisationen in der Provinz gesagt werden. In Debrecen z.B. trachtet die Bürgerliche Demokratische Partei schon im Frühjahr 1945 danach, im Rahmen der Ungarischen Nationalen Unabhängigen Front einen rechtsgerichteten Block zu bilden.⁴⁹ Die Organisationen der Partei in der Provinz wurden vielfach von den Repräsentanten der Bourgeoisie von Stadt und Komitat besetzt. Darin spielte natürlich auch der Umstand mit, dass in dieser Periode die Frage der bürgerlichen oder völkischen Demokratie noch nicht entschieden war und diese Partei gewährte die legale Möglichkeit dazu, dass diese Schichten unter dem „Schutze“ der bürgerlichen Demokratie versuchen sollen, ihre Vorstellungen geltend zu machen. Umsonst betonte die Partei ihr bürgerliches Selbstgefühl und dass sie um die „Freiheitsrechte“ kämpft, damals hatte noch vieles in diesen Vorstellungen Raum genug. „Das neue Leben soll nicht auf die Weise begonnen werden – erklärte Sándor Szent-Iványi an der Konstitutions-sitzung der Grundorganisation vom V. Bezirk am 15. April 1945 – dass wir die Vergangenheit vergessen, sondern derart, dass wir beiseite schaffen, was darin schlecht war, und weiterentwickeln, was sich als gut erwiesen hat.“⁵⁰ Was aber abgeschafft werden soll, hat er nicht erleuchtet.

In vielen Orten wurde der Ausbau der Parteiorganisationen auch von der Kleinlandwirtpartei behindert, nicht nur dadurch, dass diese einen Teil der städtischen Bourgeoisie an sich gezogen hatte, sondern auch damit, dass infolge ihrer bürgerlichen Gruppe die Basis der Bürgerlichen Demokratischen Partei eingeengt hat. Die linksgestellten Parteien, mit der Kommunistischen Partei an ihrer Spitze, haben die Tätigkeit von

Géza Teleki nicht wohlwollend angesehen. Der gegen ihn gerichtete Angriff, der beinahe mit der Tätigkeit von Teleki als Parteipräsident zusammenfällt, förderte weder die Steigerung der Zahl der Parteimitglieder, noch die Zunahme der Machtposition der Partei, erschwerte vielmehr vom Gesichtspunkte der Koalitionspartner die Arbeit der Parteileitung. Dies war in vielen Hinsichten auch entscheidend dafür, dass die Partei keine Landespartei werden konnte, was sich auch darin widerspiegelt, dass im Sommer 1945 die Partei bloss in etwa 170 Ortschaften des Landes eine Organisation besass.⁵¹

Die Nominierung von Géza Teleki für den Parteipräsidenten hat sich ziemlich lange verzögert. Im Dezember 1944, als die Provisorische Regierung in Debrecen errichtet wurde, hatte die Bürgerliche Demokratische Partei noch keinen Vertreter in der Regierung. Schon zu diesem Zeitpunkt tauchte – in erster Linie seitens der Debrecener und Szegeder Leitung – die Person von Géza Teleki für den Posten des Parteipräsidenten auf. Teleki hatte lange gezögert, diesen Posten anzunehmen. Die Budapester hatten, als sie mit der Organisation begannen, noch keine konkrete Vorstellung für diese Position. Im zusammengestellten Verwaltungsausschuss figuriert Ernő Bródy als Kopräsident. In den Vorstellungen der hauptstädtischen Gruppe kamen in erster Linie solche Namen vor, wie der von Gyula Kornis, Sándor Szent-Iványi, Ernő Bródy und sie wollten mit Hilfe von Géza Supka auch mit dem Nobelpreisträger Albert Szent-Györgyi in Verbindung treten, der, wenn auch nicht als Präsident, doch als Mitglied der Parteileitung auf einen Teil der Intelligenz eine grosse Anziehungskraft hätte ausüben können.⁵² Kornis hatte seinen Austritt von der Organisation schon Anfang März 1945 angemeldet, mithin fiel auch als Parteipräsident seine Person aus. Mit Szent-Györgyi in Verbindung zu treten ist nicht gelungen und als die Verhandlungen zwischen der Debrecener und Budapester Gruppe begonnen haben, blieben entscheidende Argumente die Regierungsvertretung und somit Géza Teleki.

Teleki übernahm die Parteipräsidentenschaft am 9. April 1945 in Debrecen mit der Bedingung, dass nach der Übersiedlung der Regierung in die Hauptstadt ihre Vorstellungen mit dem Budapester Verwaltungsausschuss der Partei abgestimmt werden und die Aufnahme und der Ausbau der Beziehungen mit den übrigen Parteien der Ungarischen Nationalen Unabhängigen Front in die Wege geleitet wird. Die Parteiangelegenheiten wurden nach wie vor durch den Geschäftsführenden Sándor Szent-Iványi wahrgenommen. Die Regierung hielt ihre erste Sitzung in der Hauptstadt am 12. April ab, Teleki hat in den darauffolgenden Tagen die Zusammenarbeit mit den übrigen Parteien der Ungarischen Nationalen Unabhängigen Front vorzubereiten begonnen.⁵³ Zuerst suchte er den Generalsekretär der Nationalen Bauernpartei, Imre Kovács auf und verhandelte mit ihm über die Frage der Zusammenarbeit der beiden Parteien.⁵⁴ Mit den übrigen Parteien hat er einstweilen keine Verhandlungen ähnlichen Charakters gepflogen.

Teleki wurde hauptsächlich von den Problemen seines Ministerportefeuilles in Anspruch genommen und handhabte die Angelegenheiten der Bürgerlichen Demokratischen Partei als zweit- oder dritrangige Fragen. Als die übrigen Parteien – in erster Linie die Ungarische Kommunistische Partei – die Arbeit seines Ministeriums kritisiert haben, liessen sie selbstverständlich auch seine Position als Parteivorstand nicht ausser acht. Dies wird in erster Linie im Artikel des Szabad Nép (Freies Volk) betitelt „Der Sack findet seinen Fleck“ widerspiegelt.⁵⁵ Die Präsidentschaft von Teleki „würdigend“ kann man darin u.a. folgendes lesen: „Es ist allgemein bekannt, dass Graf Géza Teleki in der Regierung zu denen zählt, die für die Demokratie nicht leben und sterben. Man weiss auch, dass er den Kampf gegen die Reaktion nicht nur abbremsst, sondern die Reaktion vielmehr deckt und organisiert. Wenn also die Bürgerliche Nationale Partei eben ihn als würdig hielt, ihn zum Präsidenten zu wählen, so wirft dieser Umstand in erster Linie nicht auf den Grafen Géza Teleki ein Licht, sondern eher auf die Bürgerliche Demokratische Partei... welche endlich jenen gefunden hat, der ihrem Geschmack und ihren Bestrebungen offensichtlich am ehesten entspricht.“

Die gegen ihn gerichteten Angriffe nahmen aber nicht damals ihren Anfang. Der Budapester Nationale Ausschuss kritisiert schon am 11. April 1945 anlässlich seiner Sitzung seine im Ministerium begangenen Versäumnisse. Er wird verantwortlich gemacht dafür, dass er nicht begonnen hat „... die faschistische Ansteckung aus dem öffentlichen Unterricht auszurotten... womit wir imstande wären, die Fundamente eines ungarischen allgemeinen Unterrichts im demokratischen Geiste abzulegen.“⁵⁶ Die Funktion eines Parteipräsidenten in dieser Lage übernehmend hat er die bestmögliche Situation den linksgerichteten Kräften geschaffen, um einen Angriff gegen die Bürgerliche Nationale Partei beginnen zu können. Die Parteileitung hat nicht erkannt, dass sie in der Person von Teleki den Präsidenten gewählt zu haben einen unglücklichen Schritt getan hat. Die gegen Teleki gerichteten Angriffe fielen auch für die weitere Aktivität der Partei schwerwiegend aus. Die Vorstellungen der Leitung lagen zu der Zeit noch weit entfernt davon, ihre Arbeit ausserhalb der Unabhängigen Front zu entfalten. Dies wird auch in einem Aufruf widerspiegelt, der in Budapest im Frühjahr 1945 veröffentlicht und darin das demokratische Bürgertum fortschrittlichen Geistes aufgefordert wurde, sich an der politischen Arbeit zu betätigen, das Wirken der Ungarischen Nationalen Unabhängigen Front zu unterstützen, weil sie an der Zukunft nur auf diese Weise Teilhaber sein können. „Die Verirrung von gestern führte uns in eine Katastrophe und es ist ein göttliches Geschenk, dass wir daraus langsam herauswaten konnten – aber aus der Katastrophe einer weiteren Verirrung gibt es keine Rettung mehr.“⁵⁷ Eine derartige „Verirrung“ war für die Partei in manchen Hinsichten Géza Teleki.

Der Kritik des Budapester Nationalen Ausschusses folgte nach einigen Tagen die in Kispes gehaltenen Rede eines der Führer von der Kommunistischen Partei, der klar und deutlich definierte: „Aus den Erscheinun-

gen geht hervor und im Wege der Presse wurden alle Leute darüber unterrichtet, dass das Ministerium für Unterrichtswesen das Warmbeet der Reaktion ist. Graf Géza Teleki ist heute der mächtigste Patron des landesverderbenden Geistes.⁵⁸ Mit dem Auftreten gegen Teleki gleichzeitig waren auch die Massnahmen auf der Tagesordnung, die bezweckten, die Bürgerliche Demokratische Partei in den Hintergrund zu zwingen. Als Ende April die Schaffung des Leitungsausschusses der Ungarischen Nationalen Unabhängigen Front auf die Tagesordnung gebracht wurde, die ein führendes Organ der Nationalen Ausschüsse für das ganze Land hätte sein sollen, wurde die Bürgerliche Demokratische Partei in diese Organisation nicht mehr aufgenommen. Das Schaffen des Leitungsausschusses wurde als eine Kräftigung des Bundes zwischen den demokratischen Parteien gedacht. Gemäss der Stellungnahme vom Szabad Nép kam dies auch darin zum Ausdruck „... dass alle vier demokratische Parteien darin übereingekommen sind, dass der Bürgerlichen Demokratischen Partei im Leitungsausschuss der Ungarischen Nationalen Unabhängigen Front kein Sitz eingeräumt werden soll. Diese Partei, von der seit der Wahl von Graf Géza Teleki zum Parteipräsidenten sich offensichtlich herausgestellt hat, dass sie eine der wichtigsten Sammelplätze der Reaktion ist, wird die Atmosphäre der aufrichtigen und freundschaftlichen Zusammenarbeit der grossen demokratischen Parteien nicht stören. Die Unabhängige Front wird von den Elementen, die nicht dorthin gehören, gesäubert und wird dadurch stärker.“⁵⁹ Die hauptsächliche Aufgabe des Leitungsausschusses wäre gewesen, die demokratische Kontrolle über die Durchführung des Regierungsprogramms zu stärken, sowie die Wachsamkeit im Kampfe gegen die Reaktion zu fördern. Ihre Konstitution blieb aber damals weg und es wurde nur einige Monate später – im September 1945 – der Landesausschuss der Nation ins Leben gerufen, der nicht nur in seinem Namen, sondern auch in seiner Funktion von den Vorstellungen, die in Verbindung mit der Erstellung des Leitungsausschusses gehegt wurden, abgewichen ist.⁶⁰ Die Angriffe gegen die Bürgerliche Demokratische Partei blieben jedoch auch weiterhin auf der Tagesordnung. Eine weitere Gelegenheit bot hierfür auch die Ergänzung der Parteileitung, die Anfang Mai 1945 verwirklicht wurde.

Die Parteileitung hatte anlässlich ihrer am 3. Mai 1945 abgehaltenen Sitzung beschlossen, die Leitung mit neuen Mitgliedern zu ergänzen. Damals haben sie entschieden, in den Präsidialrat der Partei ausser den gewählten 18 Abgeordneten der Nationalversammlung auch die Präsidenten der Fachausschüsse einzubeziehen.⁶¹ Dieses Ereignis wurde von dem Blatt „*Délmagyarország*“ (Südungarn) wie folgt kommentiert: „Im Namensverzeichnis der Führer erblicken wir unter den Vornamen „Ubul“ und „Tassilo“ traurig auch den Namen von Zoltán Örley (Örley war der Parteigründer in Szeged – L. I.) ... in Szeged glaubten wir, er sei ein aufrichtiger Anhänger der neuen kampflustigen ungarischen Demokratie... Zoltán Örley und Dr. Róbert Pap (der andere Gründer in Szeged – L. I.) wollten Gutes. Sie wurden von ehrlichen Absichten geleitet. Sie werden ihre Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit glänzend beweisen

damit, dass sie jede Gemeinsamkeit offen in Abrede stellen mit jenem Geist, der jetzt in der Bürgerlichen Demokratischen Partei zu dominieren scheint. Vielmehr „sie haben sich nicht nur hineingeschlichen, sondern haben auch die Führung an sich gerissen ... Es handelt sich nicht darum, ihre eigene Partei zu verraten. Im Gegenteil: die Bürgerliche Demokratische Partei ist diejenige, welche die Demokratie verriet.“⁶²

In der Partei konnte man damals – in einer derart verallgemeinerten Form – von dem Verrat der Demokratie noch nicht reden, auch schon deshalb nicht, weil die Bürgerliche Demokratische Partei jene Organisation war, die am meisten ankündigte, dass sie auf der Plattform der Demokratie steht“ ... doch wir nehmen es stolz auf uns: wir sind Bürger und Demokraten. Es soll also jeder Bürger, der demokratisch gesinnt ist, unter uns sein. Und der Bürger, der sich heute noch nicht in der Partei befindet, ist kein Demokrat.“⁶³ Die einzelnen Parteiführer sprachen in Abwesenheit des demokratischen Bürgertums über die bürgerlichen demokratischen Grundlagen. Die Fragen wurden damals noch nicht entschieden, die politische Entwicklung hat bewiesen, dass die linksgestellten Kräfte noch sehr grosse Anstrengungen zu entfalten haben, bis sie zu einem Entwicklungsgrad gelangen, der ihnen den Aufbau der Volksdemokratie ermöglicht. Jedenfalls wurde die Geltendmachung der Kräfte von der Volksdemokratie auch schon damit gezeigt, dass es gelang, die Gewerkschaften in den Mechanismus des politischen Lebens einzuschalten und es wurden solche Verfügungen realisiert, wie die Erstellung der Institution der Volksgerichtsbarkeit, die Freiheit von Presse und Versammlung, die Aufstellung der Betriebsräte und nicht zuletzt die Durchführung der Bodenreform. Ausserdem war es möglich, während der Regierungskrise im Juli einige prominente Repräsentanten der Rechten – wie z.B. Faragó, Vásáry, Valentiny – aus der Regierung zu verdrängen. Teleki war auch noch danach eine Zeit lang als Minister aktiv, doch hat er als Parteipräsident abgedankt. Seine Stellungnahme in Verbindung mit der Demokratie brachte er in einer seiner Reden, die er im Zusammenhang mit dem Thema hielt, wie folgt zum Ausdruck: „Was ist die ungarische Demokratie, welche wir hier ins Leben rufen wollen? Ich schäme mich nicht einzugestehen, dass ich es selber nicht weiss! ... Ist die Demokratie vielleicht ein Rahmen, der auszufüllen ist ... Was dieser Rahmen ist, der die Demokratie enthält, könnte ich so aufsetzen: Welche ist die Verfassungsform, die zwischen dem Volk und den von ihm auserkorenen Führern das Gleichgewicht schafft ... Ein verfassungsmässiger Rahmen, der im Gleichgewicht von Volk und Führern wurzelt, liefert auch den wahren Sinn der Demokratie.“⁶⁴ Mit derartigen Vorstellungen war es schwer, die „Massen“ der Partei zu gewinnen und in der Koalition zu politisieren. Die anderen Führer der Partei hatten bestimmte Vorstellungen, diese wurden jedoch damals noch nicht konkret konzipiert. Teleki und seine Umgebung haben sich damals noch als stark genug erwiesen, innerhalb der Parteileitung die Aktivität der progressiveren Kräfte zu unterbinden. Zu einem Zusammenstoss zwischen den beiden Gruppen innerhalb der Parteileitung kam es erst im Juli 1945.

Die Angriffe gegen die Bürgerliche Demokratische Partei – im April und Mai 1945 – in gewichtiger und offener Form fanden nach der Konferenz der Ungarischen Kommunistischen Partei, die am 20–21. Mai 1945 abgehalten wurde, statt.⁶⁵ „... ich ersuche die Landesparteiagung, sie möchte in ihrem Beschluss besonders unterstreichen, dass die Grundlage der zukünftigen politischen Linie der Kommunistischen Partei auch weiterhin die Zusammenfassung der nationalen Kräfte sein soll. Innerhalb dieser Zusammenarbeit sollen wir die engsten Beziehungen mit der anderen grossen Arbeiterpartei, der Sozialdemokratischen Partei pflegen. Diese enge Verbindung schliesst natürlich keinesfalls aus, dass wir auch mit den übrigen demokratischen Parteien, der Unabhängigen Kleinlandwirtpartei und der Nationalen Bauernpartei in enger und freundschaftlicher Zusammenwirkung verbleiben sollen und den jungen, demokratischen ungarischen Staat gemeinsam aufbauen“ – erklärte Mátyás Rákosi an dieser Sitzung.⁶⁶ Die an der Konferenz angenommene Beschlussfassung enthält diese Stellungnahme beinahe wörtlich,⁶⁷ wobei diese bereits die konkrete Konzeption der früheren Richtlinie der Partei bedeutete, wonach die Kommunistische Partei die Bürgerliche Demokratische Partei nicht als ein Mitglied der Ungarischen Nationalen Unabhängigen Front betrachtete. Diese Stellungnahme der Kommunistischen Partei hinsichtlich der Bürgerlichen Demokratischen Partei haben im Wesen auch die Sozialdemokratische Partei und die Nationale Bauernpartei zu eigen gemacht. Mit diesem Angriff beabsichtigte die Kommunistische Partei ein doppeltes Ziel zeitigen: einerseits die rechtsgestellten Kräfte, oder zumindest einen Teil von ihnen aus der Unabhängigen Front zu verdrängen, andererseits die von der Bürgerlichen Demokratischen Partei beeinflussten mittleren Schichten von dieser Partei abtrünnig zu machen.⁶⁸

Von diesem Standpunkte gesehen ist das Reagieren vom Szabad Nép auf einen Leitartikel von der Világ, in welchem Géza Supka die Mai-Konferenz der Ungarischen Kommunistischen Partei auswertend anführt, dass auch die bürgerliche Demokratie das Zusammenwirken verdienen würde.⁶⁹ Supka gesteht es – quasi als eine Selbstkritik ühend – ein, dass in der Bürgerlichen Demokratischen Partei auch heterogene politische Tendenzen zur Geltung kommen, doch ersucht „... die sich mit ihnen etwas stiefmütterlich aufführenden Schwesterparteien ... sie sollen in sich erkennen, dass es schicksalsschwere Folgen mit sich bringen würde, falls die bürgerliche Demokratie diesen unzähligen und überflüssigen Kränkungen zufolge von dem Spiel sich einfach zurückziehen und die Verantwortung anderen, wir gestehen es ein, augenblicklich belastungsfähigeren Parteien überlassen würde.“ Gleichzeitig betont er, dass der radikale Flügel der bürgerlichen Demokratie mit den übrigen Parteien zusammenarbeiten will. Die Antwort vom Szabad Nép stellt eindeutig fest: „Gegen die Organisation der aufrichtigen bürgerlichen Demokraten in einer Partei haben wir nicht einzuwenden. Im Gegenteil! Wenn wir die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Bürgertum proklamieren, dann ist es natürlich, dass wir auch das Zusammenwirken mit der bür-

gerlichen Demokratie in der Politik nicht ablehnen. Doch soll zuerst eine bürgerliche Demokratie existieren. Zuerst möchte Géza Supka Sorge tragen dafür, dass die Bürgerliche Demokratische Partei keine heterogene Partei sein soll, in der die Demokratie von der Reaktion paralyisiert wird.⁷⁰ Die Lektion war aufgegeben, doch erkannte die Parteileitung selbst damals noch immer nicht, dass man die Leitung von Teleki loswerden müsse, die Reihen zu ordnen sind und man ein Programm ausarbeiten muss, auf deren Basis mit der Koalition kollaborieren kann.

Die Parteileitung wurde aber neben der Vorbereitung des Programms von der Aufteilung der Mandate, die in Transdanubien zu gewärtigen waren, in Anspruch genommen. Die Wahl der Abgeordneten der Provisorischen Nationalversammlung in Transdanubien war für den 24. Juni 1945 anberaumt. Der Präsidialrat der Bürgerlichen Demokratischen Partei hatte an seiner am 21. Juni abgehaltenen Sitzung über die angebotenen 3 Mandate in Transdanubien Beschluss gefasst.⁷¹ Schon bei dieser Sitzung zeigte sich der Gegensatz innerhalb der Parteileitung klar und deutlich. Viele haben es als eine Übervorteilung der Partei den Umstand angesehen, dass die Partei nur so wenig Mandate erhalten soll (von 160 bloss 3, was insgesamt 2% der Mandate beträgt). Somit kamen sie zu dem Schluss, dass sie eine Deklaration aufsetzen, in welcher sie die drei Mandate zurückweisen. Umsonst haben Supka und Bródy die Teilnehmer der Sitzung ermahnt, dass die Passivität keine gute Waffe sei. Der Beschluss wurde nicht veröffentlicht, aber unter den Parteimitgliedern zirkuliert. Darin wurde die Zurückweisung wie nachstehend begründet: „Die Bürgerliche Demokratische Partei wurde seit dem ersten Moment der völkischen Umgestaltung der Reihe nach beseitigt ... sie hat dies stumm erduldet. Dieses demütigende, hingeschmissene, ungerechte Verhältnis und diese noch kleinere Verhältniszahl, als sie früher bestand (bis dann hatte die Partei 18 Abgeordnete zu verzeichnen) kann die Bürgerliche Demokratische Partei nicht akzeptieren. Diese Beseitigung kann sie nicht mehr ohne jedes Wort zur Kenntnis nehmen. So geht's nicht weiter! Unsere Partei verzichtet auf die ungebührlichen 3 Mandate. Doch verzichtet sie nicht in diesen schicksalsentscheidenden Stunden auf die Prinzipstreue, die sie gegen alle aufeinander angewiesene Schichten unseres Vaterlandes empfindet ... im Interesse der reinen Demokratie.“⁷² Anlässlich der zusammengerufenen interparteilichen Sitzung ist es aber gelungen, den Grossteil der Parteileitung zu überzeugen davon, dass dies unrichtig sei⁷³ und die drei Mandate wurden angenommen. Diese wurden unter Nándor Gorzó, Béla Haypál und Rezső Rupert verteilt. In der veröffentlichten Erklärung hielt es aber die Parteileitung für angemessen, ihre Meinung dahingehend festzuhalten, dass: „Falls diese kleine Zahl ins Auge sticht und uns Vorwürfe gemacht werden können deshalb, dass wir dies dennoch annahmen, soll hierfür als Begründung dienen, dass wir trotz unseren Benachteiligungen keine Störungen bereiten wollten. Wenn das Los unseres Landes besser sein wird, dann kann man sich um jede Fussbreite raufen. Doch heute ... konnten wir uns das Risiko und die Gefahr, einen Parteienzwist heraufzubeschwören, nicht leisten. Der

Schwung und das Ergebnis der öffentlichen Arbeit kann von der Verhältniszahl nicht abhängen. Wir mögen eher weniger bleiben, werden aber mehr im Interesse von Transdanubien, des Landes und der Demokratie tun.“⁷⁴ Diese beiden Beschlüsse unterscheiden sich in zahlreichen Hinsichten, was nicht nur auf die Beachtung der Möglichkeiten, sondern innerhalb der Leitung auch auf die Geltendmachung von nüchternen, mehr realistischen Vorstellungen hinweist. Géza Supka, sowie die sich um ihn gruppierenden Leitungsmitglieder – Nándor Gorzó, József Kabakovits und die Mitarbeiter der Redaktion von der Világ – haben sich damals schon eindeutig von Teleki distanziert. Dies führte schliesslich dazu, dass der Parteipräsident am 20. Juni seine Abdankung schriftlich gemeldet hat, was damals noch nicht angenommen wurde.⁷⁵ In der Zurückberufung des Präsidenten spielten in erster Linie Ubul Verő, Sándor Szent-Iványi und Lajos Láng eine Rolle. Die Entscheidung konnte aber nicht mehr lange hinausgezögert werden, weder durch Teleki, noch durch die Parteileitung.

Im Juni und Juli 1945 wurde die Bürgerliche Demokratische Partei immer heftiger angegriffen, darin fiel der Koalitionskrise vom Juli eine besondere Rolle zu. Nach Auffassung des Verfassers vom Artikel, der in der Magyar Nemzet – Ungarische Nation – erschien, vertritt die Partei die fortschrittliche Intelligenz nicht und wurde den Hoffnungen, die im Zusammenhang zu ihr gehegt wurden, nicht gerecht. „Die fortschrittliche Intelligenz fordert eine solche politische Lebensform, die eine vollständige Gleichberechtigung mit dem Bauerntum und der Arbeiterschaft gewährleistet,“ dafür ist aber die Bürgerliche Demokratische Partei nicht geeignet.⁷⁶ Die Spitze der Angriffe gegen die Partei erreichte József Révai mit seinem Leitartikel, der im Szabad Nép am 8. Juli 1945 erschien und den Titel: „Das Händereichen in Szeged und was danach kommen wird“ trug. Über die Bürgerliche Demokratische Partei äussert sich Révai summarisch wie folgt: „Das Händereichen in Szeged war kein doppeltes, sondern ein fünffaches Händereichen. . . Von einer der fünf Parteien hat es sich schnell herausgestellt, und diese ist die Bürgerliche Demokratische Partei, dass sie sich in die Gemeinsamkeit nicht einfügt. Sie hatte sich nicht zur Partei der bürgerlichen Demokratie, sondern zur Partei der bürgerlichen Reaktion entwickelt und der Vorschuss an Vertrauen, der ihr von den vier Parteien der Unabhängigen Front mit der Aufnahme in die nationale Zusammenwirkung gebilligt wurde, musste von der Bürgerlichen Demokratischen Partei zurückverlangt werden. . . sie können mit solchen Demokraten, welche die zum Schlagen ausholende Faust der ungarischen Demokratie zurückzuziehen trachtet, keine Allianz pflegen. Im Gegenteil: wir müssen gegen sie auftreten, nicht in unserem, sondern im Interesse der ungarischen Demokratie.“⁷⁷ Auf den Artikel von Révai haben seitens der Parteileitung Géza Supka und Nándor Gorzó reagiert, sie versuchten, die Anklage zurückzuweisen, es wäre die ganze Partei reaktionär eingestellt.⁷⁸ Gorzó schreibt: „Praktisch arbeiten wir an der Stelle, wohin uns die jetzigen kampferheischenden Zeiten gestellt hatten, wohl in einer sehr engen Beziehung und Verbindung mit den Arbeiter-

parteien zusammen und unterstützen diese, soweit wir es vermochten." Die von Teleki geführte Gruppe der Partei blieb jedoch stumm. Von den Sympatisierenden erhob seine Stimme Miksa Fenyő für die Bürgerliche Demokratische Partei. Er hatte erklärt: „Ich bin kein Mitglied der Bürgerlichen Demokratischen Partei, verfolge aber ihre Politik mit reger Aufmerksamkeit... wenn diese Partei auch begründeterweise kritisiert werden kann, wie auch alle anderen Parteien, kann die Beschuldigung mit der Reaktion gegen sie nicht aufgebracht werden.“⁷⁹

Die Angriffe nahmen aber auch von anderen Seiten ihren Lauf. Die Leitung befasste sich aber mit dem Abdanken von Teleki, anstatt dass sie versucht hätte, auf die Angriffe zu reagieren, oder ihre Politik in dem Sinne zu verändern, dass sie die Partei von den Elementen säubert, welche die Verschiebung der Partei nach rechts gefördert hatten. Es ist kennzeichnend, dass die Anmeldung von Teleki, die er am 20. Juni vornahm, der Präsidialrat der Bürgerlichen Demokratischen Partei erst am 10. Juli verhandelte.⁸⁰ Hier wurde über den Antrag von Zoltán Örley beschlossen, dass sie für Teleki auch weiterhin ihr Vertrauen bekunden. Gleichzeitig verurteilen sie das Blatt „Világ“, dass es die Stellungnahme der Partei nicht vertritt (dies ist zu verstehen: die Meinung von Teleki nicht vertritt) und beschliessen, dass Supka als Chefredakteur – er hatte die grösste Rolle gespielt darin, dass Teleki abdankte – zweiwöchentlich Bericht erstatten soll... was er geschrieben hat und weshalb er dies getan hat, weil ohne dies keine Fühlungnahme zwischen der Partei und dem Blatt vorliegt.“⁸¹ In dem Angriff gegen das Blatt Világ spielten die Primigenen Lipót Baranyai und Ubul Verő. Im Namen der Anhänger von Teleki erklärte Baranyai: „Eine Kooperation ist nur auf administrativer Grundlage möglich, auf prinzipieller Ebene ist kein Kompromiss vorstellbar. Seit 12–13 Jahren befolgen wir eine Politik, dass sich der Westen (darunter sind die angelsächsischen Mächte zu verstehen) von uns mit Recht distanzieren kann und wir müssen den Kampf allein gewinnen.“⁸² Diese Erklärung spricht für sich. Sie machte für die Progression innerhalb der Parteileitung die Lage klar. Die Abdankung von Teleki müssen sie, falls sie irgendeine Zusammenarbeit mit den Koalitionsparteien wünschen, akzeptieren. Die Lösung des Problems wurde auch durch die Schritte, die Géza Teleki am 24–25. Juli machte, beschleunigt. Teleki suchte Szent-Iványi am 24. Juli 1945. auf und teilte ihm mündlich mit: „er ist im Kampfe müde geworden und dankt daher ab, erklärte sogar auch seine Absicht mit, dass er sowohl auf seinen Posten als Minister, wie auch auf jenen als Universitätsprofessor verzichtet und nach Siebenbürgen übersiedelt.“⁸³ Auf diese Erklärung folgte ein am 25. Juli an Szent-Iványi gerichtetes Schreiben, dessen Inhalt in totalem Widerspruch zur am vorherigen Tage gepflogenen persönlichen Besprechung stand. In diesem Schreiben dankte er nicht nur von der Presidentschaft ab, sondern kündigte auch seinen Austritt von der Partei an. Als Grund hierfür führte er an, dass er die Landesleitung für das Bürgertum als fatal hält, weil sie „das Zusammenwirken mit den Arbeiterpartei und die Arbeiter-Bauern-Linie nicht entsprechend betont.“⁸⁴

Mit der Abdankung Teleki's befasste sich der Präsidialrat der Partei anlässlich seiner am 27. Juli 1945 abgehaltenen Sitzung.⁸⁵ Die Redner haben die vorstehend angeführte Erklärung von Teleki einmütig zurückgewiesen. Sie wiesen darauf hin, dass die Präsidentenwahl am 9. April ohne Wissen des grösseren Teiles der Partei erfolgte, trotzdem wurde Teleki gegenüber ein loayler Standpunkt beobachtet. Wegen der Person des Präsidenten wurde — ihrer Meinung nach — die Partei häufig angegriffen, doch haben sie auch dies hingenommen. Gemäss des Standpunktes der Mehrheit ist die Ausscheidung von Teleki als ein Säuberungsprozess anzusehen — wir mögen hinzufügen: diese war nunmehr notwendig und unaufschiebbar — und ist dementsprechend zu handhaben und zu betrachten. Über den Vorschlag von József Kabakovits wurde die Abdankung Teleki's angenommen und es wurde „Sándor Szent-Iványi ersucht, die Partei im Wirkungskreis des Präsidenten zu führen.“⁸⁶ Es wurde auch ein Antrag angenommen, wonach die Parteileitung auch vor der Öffentlichkeit eine Stellung in Verbindung mit der Abdankung von Teleki einnimmt. Dies wurde von der am 29. Juli 1945 erschienenen Nummer der Világ publik gemacht. In dieser Stellungnahme widerspiegelt sich die Meinung jener Personen, die — wenn auch verspätet — auch weiterhin die Notwendigkeit des Zusammenwirkens mit den demokratischen Parteien betonten. „... Die Bürgerliche Demokratische Partei steht mit selbstbewusstem Tragen des bürgerlichen Schicksals unveränderlich und unerschütterlich auf der Grundlage des Handreichens von Szeged, erklärt für unerlässlich notwendig die harmonische Zusammenarbeit mit den übrigen vier Parteien der Unabhängigen Front und gestaltet ihre Beziehungen mit ihnen, als den Repräsentanten der Arbeiter- und Agrarmassen noch enger. Die Bürgerliche Demokratische Partei hält den Wiederaufbau, die Emporhebung und den Fortschritt des Landes unvorstellbar und unverwirklichbar ohne die gemeinsame Zusammenarbeit der Intelligenz, der Arbeiter- und Agrarschichten, ohne den brüderlichen Einklang, der von den Gegensätzen, den Missverständnissen nicht beschattet wird ... sie ist überzeugt davon, dass die Waffengemeinschaft der fünf Parteien der Unabhängigen Front mit Hilfe von grundlegenden, zeitgemässen Reformen die Basis einer mehr geklärten und sicheren Zukunft realisiert wird.“⁸⁷

Dem Austritt von Géza Teleki aus der Partei folgten auch die mit ihm verbundenen rechtsgesinnten Elemente. Mithin wurde die Partei in grossem Ausmasse diejenigen Elemente los, welche die Zusammenarbeit mit der Koalition hinderten. Danach wurde es zur Hauptaufgabe der Partei, ihre verbliebenen Reihen zu ordnen, sie sollen versuchen, ihre Reihen zu ordnen. Sie mögen sich irgendwie der Koalition anschliessen und für die Partei je mehr Anhänger werben. Die Realisierungsbasis der letzteren Vorstellung wurde durch das Programm geliefert, das im Sommer 1945 fertiggestellt wurde.

2. Das Programm der Bürgerlichen Demokratischen Partei

Die Fertigstellung des Parteiprogramms und dessen endgültiger Text wurde auf den Vorschlag von Ernő Bródy bereits anlässlich der Sitzung vom 22. Februar 1945 des Verwaltungsausschusses beschlossen.⁸⁸

Zur Textierung stand zur Verfügung die Publikation der Debrecener Parteiorganisation, die Ende 1944 – Anfang 1945 unter dem Titel: „Was fordert die Bürgerliche Demokratische Partei?“ erschien.⁸⁹ Diese enthielt im Wesen das Programm der Debrecener Gruppe. Es wurden auch die Professoren der Juridischen Akademie von Sárospatak ersucht, ein solches Programm zusammenzustellen, das „sich besonders auf dem Gebiete der Aussenpolitik vertieft“, doch wurde dies nicht verwirklicht.⁹⁰ Nándor Gorzó hat im Februar 1945 einen Entwurf angefertigt,⁹¹ der aber damals noch nicht in Besitz der Parteileitung gelangen konnte.⁹² Es stand jedoch zur Verfügung ausser der Publikation der Debrecener ein von Géza Supka aufgesetztes sog. Weltanschauungsprogramm. Von dem Budapesterverwaltungsausschuss wurde mit dem Vergleich der beiden Programme und der endgültigen Formgestaltung dieser Gyula Kornis betraut. Kornis hat sich hierfür auch bereit erklärt, doch trat er Anfang März 1945 von der Partei aus und somit wurde auch die endgültige Textierung des Programms von der Tagesordnung der Leitung gestrichen. Im April 1945 wurde ein kurzer Programmentwurf nach dem „Muster von Debrecen“ erstellt, der auch die Grundlage zum endgültigen Programm geliefert hat. Gemäss dieses Entwurfes steht die Partei auf der Basis der zehn grundlegenden Freiheitsrechte – das Recht zu existieren, das Recht der persönlichen Freiheit, Meinungs- und Pressefreiheit, Religions- und Gewissensfreiheit, das Anrecht für das Briefgeheimnis, das Ehrenrecht, das Hausrecht, das Recht für die Eigentumssicherheit, die Freiheit der Industrierevolution und das Nationalitätenrecht – wünscht diese zu verwirklichen und will davon hervorgehend politisieren, bzw. mit den demokratischen Parteien zusammenwirken.⁹³ Mit diesen Rechten sind alle einverstanden, innerhalb der Partei kann keine Meinungsverschiedenheit vorkommen und auf dieser Grundlage lässt sich auch ein konkretes Programm ausarbeiten, war die Vorstellung der Leitung. In solchen allgemeinen Prinzipien haben die Parteiführer ihre Vorstellungen im Frühjahr 1945 konzipiert. An ihren Versammlungen, wenn sie auf das Programm hingewiesen haben, wurden ihrerseits nur die vorstehenden „Grundprinzipien“ angeführt. So z. B. wurde anlässlich der ersten in Budapest abgehaltenen Versammlung der Partei (am 10. April 1945) im Zusammenhang mit dem Programm von Supka erklärt: „Das erste Ideal, welches die in der Partei vereinten fortschrittlichen Bürger zusammenhält, sind ... das Erkämpfen der Freiheit, oder näher betrachtet: der menschlichen Freiheitsrechte.“⁹⁴ Teleki als Parteivorstand bezeichnete die Ziele im geistlichen Zusammenhang, indem er festhielt: „... die geistigen und seelischen Werte sind über die materiellen Werte emporzuheben. Die Bürgerliche Demokratische Partei wird die menschlichen Freiheitsrechte unter allen Umständen verteidigen. Die Arbeit arbeitet hierfür.“⁹⁵ De

Parteipräsident unternahm Mitte Mai in Begleitung von Ernő Bródy eine Rundreise auf dem Ungarischen Flachland, die nicht nur zum weiteren Ausbau der Parteioorganisationen, sondern auch zur Propagierung des Programms diente. In seiner Ansprache zu Csongrád formulierte er das Parteiprogramm und die Berufung der Partei wie folgt: „Die Bürgerliche Demokratische Partei ist berufen, die Interessen des Bürgertums wann und wo immer zu verteidigen. Wir sind Anhänger der freundschaftlichen Zusammenarbeit mit den Nachbarvölkern . . . die Bürgerliche Demokratische Partei richtet ihre Kraft auf den Aufbau und tritt in ihrem Programm für die menschlichen Freiheitsrechte ein . . . wir geben das auf dem Gewissen beruhende freie und geheime Wahlrecht kund und fordern dieses. Unsere Forderung ist die vollständige Demokratie, die wahre und reine Deutung und Anwendung der Demokratie . . . die Basis unserer Wirtschaftspolitik kann nichts anderes sein, als die Freiheit der Vermögenssicherheit und der Industrierevolution . . . Die Bürgerliche Demokratische Partei hat zu ihrem Ziel gesetzt, das arbeitende Bürgertum unter ihrem Banner zu vereinigen, dessen Interessen unter allen Umständen zu verteidigen und die Notwendigkeit der bürgerlichen Gesellschaft zu verkünden.“⁹⁶ Auf die Programmerkklärung von Csongrád folgte der Besuch in Szentes und Szeged, wo Teleki ebenfalls gemäß den vorstehenden Ausführungen ein Programm abgab. Bródy fügte an denselben Versammlungen quasi als Ergänzung hinzu: „wir fordern die weitgehendste Autonomie, das Volk soll sich selbst regieren . . . die Partei tritt mit ihrer gesamten Kraft für die Interessen von Handel und Kleingewerbe auf. Die Partei sieht als eine ihrer wichtigsten Pflichten, die bürgerliche Versicherung je eher ins Leben zu rufen.“⁹⁷ Andere Parteiführer propagierten die verschiedenen Anforderungen des Programms in der „Világ“. Sie betrachteten es als besonders wichtig, die Aufmerksamkeit auf die Bedeutung der unmittelbaren Demokratie zu lenken, die mit dem Organisieren der Forschung der öffentlichen Meinung noch weitergefördert werden kann „... die sicherste Methode ist die Behebung der Nachteile der indirekten Demokratie (dies ist so zu verstehen: der 1945 gegebenen Lage) und der Kombination von ihr mit der direkten Demokratie.“⁹⁸ Dies waren die wichtigsten Zielsetzungen des Programms, doch hat sich die Abstimmung der Meinungen bis Ende Mai 1945 hinausgezögert. Das Programm wurde durch den Präsidialrat der Bürgerlichen Demokratischen Partei, den Magistrat, die Abgeordneten der Nationalversammlung der Partei und die Präsidenten der Fachausschüsse an mehreren Sitzungen behandelt und Ende Mai in der endgültigen Textierung vom Universitätsprofessor Barna Horváth angenommen.⁹⁹ Danach kam es in die Druckerei und es wurde in Form einer selbständigen Brochure als Beilage der Nummer der Világ vom 21. Juni 1945 herausgegeben.

„Diese Verzögerung – schrieb Géza Supka – war nicht lediglich auf administrative Gründe zurückzuführen: die Ausarbeitung in allen Details war das Werk von langwierigen Überlegungen und Ausgleichungen . . . diese Arbeit kam oft auch an den Grundprinzipien zum Stillstand, dass die Bürgerliche Demokratische Partei prinzipiell auf der geistigen Grund-

lage des Individualismus steht und war daher bemüssigt, im Laufe der Programmerstellung zahlreiche Gesichtspunkte zu berücksichtigen, die im Leben von anderen Parteien – infolge ihrer einheitlichen Parteidoktrine, Vorbestimmung – überhaupt nicht in Frage kommen konnten.¹⁰⁰ Die Ursache der späten Erscheinung des Programms ist darüber hinaus in den vorstehend umrissenen Geschehnissen zu suchen. Das Abstimmen der verschiedenen Ansichten wurde nicht nur durch die heterogene Zusammensetzung der Partei, sondern auch durch das Rivalisieren der innerhalb der Partei vorgekommenen Gruppierungen erschwert. Die Parteimitglieder repräsentierten nicht nur hinsichtlich ihrer persönlichen Zusammensetzung, politischen Auffassung, sondern auch auf idealer Ebene sehr verschiedene Auffassungen. Neben den Parteileitungsmitgliedern, die am bürgerlichen Radikalismus erzogen wurden und die Geläufigkeit in der politischen Arbeit, welche die Ziele des Oktobrismus im Herbst 1918 sich angeeignet haben, können in der Partei auch antifaschistische, liberal eingestellte Individuen angetroffen werden. Gleichzeitig kommen in grosser Anzahl auch solche Leute vor – in erster Linie katholische Massen – die sich der Volkspartei von Pálffy nicht angeschlossen haben, doch taten sie dies auch hinsichtlich der regierenden Parteien nicht. Bei einer derartigen Zusammensetzung war es schwer ein Programm auszuarbeiten, welches im Kreise der Mitglieder eine Einigkeit hätte schaffen können. Selbst die Programmurheber schrieben: „Die Detaillösungen des Programms vermögen die Wünsche keine einzigen Komponente der Partei hundertprozentig zu decken. In grossen Konturen zeichnen sich jedoch ab ... der Dienst für den freien Gedanken, den freien Menschen, den freien Landbesitz ab.“¹⁰¹

Die Partei bekannte sich als eine Partei, die über den Klassen der bürgerlichen Demokratie steht, dementsprechend wurde von ihr auch ihr Programm erstellt. In der endgültigen Textierung des Programms wurde eine entscheidende Rolle zuteil denjenigen, die Teleki nicht eindeutig gefolgt sind. Bei der Ausarbeitung wurde auch das berücksichtigt, dass die überwiegende Mehrheit des Bürgertums eben auf dieser Grundlage in der Partei zusammengefasst werden kann. Als Ausgang wurden die angeführten zehn Freiheitsrechte angesehen. In ihrem Text „Bedeutet die Freiheit alldas, wodurch ermöglicht wird, ein vollständiges Leben zu führen, d.h. dass wir die in uns schlummernden Energien und Fähigkeiten in vollem Ausmasse entfalten können.“¹⁰² Die Hauptteile des Programms werden durch die Verfassung, das Gerichtswesen, die Verwaltung, die öffentliche Gesundheit und die Wohlfahrt des Volkes, das Religions- und Erziehungswesen, die Finanzen, die Wirtschafts- (Produktions-) Politik und der eingehende Ausdruck der aussenpolitischen Fragen dargestellt.

Die Partei tritt für den Parlamentarismus, das Parteiensystem und eine Regierung, welche das Volk repräsentiert, ein. Hinsichtlich des Wahlrechts fordert sie „die Herabsetzung der Altersgrenze, die vollständige Gleichberechtigung der Frauen, die Gewährleistung der Geheimwahl... den möglichst weiten Ausbau der Gemeindeautonomie,“¹⁰³ diese

Forderungen stimmten im Grossen und Ganzen auch mit dem Programm der Ungarischen Nationalen Unabhängigen Front überein. Eine weitere Forderung bestand in der Wiederaufstellung der Geschworenen-Gerichte, sowie auf die Demokratisierung der Verwaltung, ferner auf die zeitgemässe Ausbreitung der Sozialversicherung.¹⁰⁴

Für die Entscheidung in Fragen von grosser Wichtigkeit fordert die Partei die Einführung von einer Volksabstimmung, womit „auch das Prinzip der unmittelbaren Demokratie zur Geltung gelangen soll in der Volksvertretungsdemokratie, d.i. in der mittelbaren Demokratie.“¹⁰⁵ Eine bürgerlich demokratische Forderung ist in ihrem Programm das Aufwerfen der vollständigen Gleichberechtigung der Frauen, „sowohl auf dem Gebiete des allgemeinen Unterrichtswesens, wie auch der Bekleidung von öffentlichen Ämtern, des Familienrechtes, ferner des Arbeits- und Vermögensrechtes.“¹⁰⁶ Unter den Parteien wird von ihnen zuerst die gründliche Reform des juristischen Unterrichts und die Abschaffung des Todesurteils aufgeworfen.

Der Kommunistischen Partei und auch den übrigen linkseingestellten Parteien zuvorkommend werfen sie im Sommer 1945 ebenfalls als erste die Regelung des Verhältnisses vom Staat zur Kirche, „im Geiste des gegenseitigen Vertrauens und Wohlwollens.“ Im Rahmen der Reform des Unterrichtswesens wird der Ausbau eines Schulensystems mit acht Klassen unteren Grades und die Revision der Schulbücher im demokratischen und humanen Geiste gefordert.¹⁰⁷

Neben der Wiederherstellung der Freiheit für Industrie und Handel wird im Programm die Förderung der manufakturellen Mittelindustrie und „die Einstellung von Fachleuten in angemessener Zahl“ auf sämtlichen Gebieten des Wirtschaftslebens betont. Sie verlangen die Aufhebung des Regierens im Wege von Verordnungen, die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit, deren Aufwerfen in der gegebenen Zeit unrealisierbar und undurchführbar gewesen ist. Dies konnte in zahlreichen Hinsichten nicht einmal die Grundlage einer Zusammenarbeit mit den Linksparteien – in erster Linie mit der Kommunistischen Partei – darstellen.

In ihren aussenpolitischen Zielsetzungen ging die Partei daraus hervor, dass nachdem Ungarn ein kleiner Staat ist, soll es das Prinzip des offenen Tores befolgen, also mit sämtlichen Grossmächten ein gleichartig gutes Verhältnis unterhalten. Dementsprechend fordern sie eine angemessen enge Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten, besonders mit der Sowjetunion. Dabei wird aber auch betont: „Jetzt stellt sich für uns die orientalische Vermittlungsrolle der Pforte wieder ein, um eine Brücke zu bilden in dem wirtschaftlichen und idealen Ausgleich von Eurasien.“¹⁰⁸ Ihren Vorstellungen gemäss wäre Ungarn mit der „Brückenbildung“ eine Vermittlungsrolle zwischen dem Osten und Westen zugekommen. Diese Erwähnung konnte unter Umständen eine Anziehungskraft auf die in Betracht kommenden Mitglieder, aber überhaupt keine Realität aufweisen.

Die wichtigeren Punkte des Programms, von denen die wesentlichsten der Einbau der menschlichen Freiheitsrechte in die künftige unga-

rische Verfassung, der Ausbau der unmittelbaren Demokratie, sowie die Förderung der wirtschaftlichen Emporhebung des Bürgertums mit der Verwirklichung der Politik des „offenen“ Tores sind, liefern den wahren Spiegel der bürgerlichen Demokratie.

Mit der Schaffung des Programms wollten die Parteiführer beweisen, dass in der vorgegebenen Lage das Existieren einer solchen Partei notwendig ist, die einen fortschrittlichen Geist aufweist und mit ihrer radikalen Ideenwelt die Interessen des Bürgertums zu vertreten vermag. Das wurde schon ausser acht gelassen, dass sie in erster Linie wegen der gegen die Partei gerichteten Angriffe nicht viel Anhänger bekommen haben, dass aber auch kein „so rein geformtes“ Bürgertum vorlag, wie sie es sich vorgestellt haben. Sie forderten ein sozial eingestelltes Ungarn, das „... an der bürgerlichen Linie einfach seelische Bereitwilligkeit und Vorbereitung bedeutet, um in der neuen Weltordnung von Europa auch die ungarischen bürgerlichen Elemente die Möglichkeit haben, sich gutwillig und von fortschrittlichen Gefühlen beseelt einfügen zu können und damit sie auch unter den neuen Möglichkeiten das Selbstgeltungsvermögen finden können, das sie als nützliche Individuen ... und damit sie derart der Sache der ungarischen Menschengemeinschaft dienen können.“¹⁰⁹ Das Programm schien an und für sich zwar vielversprechend zu sein, besagte jedoch in seinen Details nur wenig.

Die Parteileitung hat auch damit gerechnet, dass nach der überstandenen Krise mit diesem Programm für die Geltendmachung der Rechte des demokratischen Bürgertums gekämpft werden kann. Sie meinten, dass im politischen Gleichgewicht der ungarischen Gesellschaft die Bürgerliche Demokratische Partei die einzige Kraft sei „die für die Rechte der zufolge der wirtschaftlichen Verhältnisse bis zum Äussersten verkümmerten mittleren Gesellschaftsschichten kämpft.“¹¹⁰ Dass es ihnen also gelingen wird, diejenigen Schichten, welche sich nicht hinter die Arbeiter- oder Agrarparteien scharten, zu gewinnen. Im Zeichen dieses Gedankens riefen sie auch die Sitzung des Landesausschusses der Partei für den 19. August zusammen, wo unter Teilnahme der Delegierten aus der Provinz und der Hauptstadt über das Programm und die Politik der Partei debattiert wurde. „Unsere heutige Sitzung bedeutet gleichzeitig auch das Hissen unseres Banners. ... wir wollen an der Arbeit des Wiederaufbaus des Landes teilnehmen. ... weil es zweifelsohne eine bürgerliche Demokratie gibt, deren Grundlage die Freiheit, das Eigentumsrecht und das Recht für die Ablehnung des Despotismus, worauf die Bürgerliche Demokratische Partei ihr Programm aufbaute,“¹¹¹ erklärte Sándor Szent-Iványi in seiner Eröffnungsansprache.

Durch diese Sitzung des Verwaltungsausschusses wurde im Leben der Partei eine wesentliche Periode abgeschlossen. Die Periode der Gründung, des organisatorischen Ausbaus, der Teilnahme an der Unabhängigkeitsfront und der Programmerstellung, die mit inneren und mit gegen die Koalition geführten Kämpfen verbunden war. Die Ergebnisse dieser Arbeit wurden durch die Wahlen von 1945 gezeigt. Das „Hissen des

Banners“ bedeutete gleichzeitig auch die Vorbereitung zum Kampfe für die Wahlen, deren Stattfinden und Auswertung schon ein neues Kapitel in der Parteigeschichte darstellt.

ANMERKUNGEN

- ¹ *Halmosy, D.*: Nemzetközi szerződéses 1918 – 1945 (Internationale Verträge 1918 – 1945) Budapest, 1966. SS. 591 – 592.
- ² *Néplap*, 30. November 1944.
- ³ Ebenda.
- ⁴ *Szabó, É.*: A Magyar Kommunista Párt. Legyőzhetetlen erő. A magyar kommunista mozgalom, szervezeti fejlődésének 50 éve. (Die Ungarische Kommunistische Partei. Unbesiegbare Kraft. 50 Jahre der organisatorischen Entwicklung der Ungarischen Kommunistischen Bewegung.) Budapest, 1968. S. 169.
- ⁵ *Balogh, S.*: Osztályok és pártok a felszabadult Magyarországon. (Klassen und Parteien im befreiten Ungarn.) Elméleti és Módszertani Közlemények. Budapest, 1970. Nr. 4. SS. 15 – 19.
- ⁶ *Délmagyarország*, 5. Dez. 1944.
- ⁷ In der Bewegung haben sich ungefähr 90 Personen beteiligt. In ihren Reihen können die Oktobristen, Kleinlandwirte, Nationaldemokraten und Parteiloosen gleichartig gefunden werden. Das Namensverzeichnis der Teilnehmer an der Bewegung wird veröffentlicht: von der SZEM-Bewegung bis zur Bürgerlichen Demokratischen Partei. *Világ Naptár*, Budapest, 1946. SS. 41 – 51.
- ⁸ Ebenda. SS. 50 – 51.
- ⁹ In Szeged begegnen wir zuerst mit der Benennung: Demokratische Bürgerliche Partei im November 1944. In Debrecen: Radikale Demokratische Partei, in Nyíregyháza Ungarische Nationale Radikale Demokratische Partei, usw.
- ¹⁰ *Délmagyarország*, 26. Nov. 1944. *Paál, J. – Radó, A.*: A debreceni feltámadás. (Die Auferstehung in Debrecen) 1947. S. 121.
- ¹¹ Die Radikale Demokratische Partei begann am 4. Januar 1945 wieder ein selbständiges Leben in Debrecen, doch sie waren nicht lange tätig. *Paál, J. – Radó, A.*: a.a.O. SS. 86 – 87. *Magyar Újjászülés*. Debrecen. 1970. S. 16.
- ¹² *Gorzó, N.*: A „polgárság pártja“ „Die Partei des Bürgertums“. *Huszadik Század* Jahrgang 35. Nr. 2. Mai – Juni 1947. SS. 167 – 173.
- ¹³ *Szekfü, Gy.*: Forradalom után. (Nach der Revolution) Cserépfalvi – Verl. SS. 174 – 175.
- ¹⁴ Eine besondere Rolle wird in Budapest zu verzeichnen sein, wo die Organisierung der Partei lange Zeit hindurch von der ablehnenden Verhaltung des Budapester Nationalen Komitees verhindert wird.
- ¹⁵ Dies waren nachstehende Personen: Miklós Balassa (Pécs), József Béres (Hosszúpályi), János Bodnár (Debrecen), Pál Daróczi (Berettyóújfalu), Ferenc Ivanovics (Csongrád), Jenő Leitner (Debrecen), Kálmán Molnár (Pécs), Árpád Négyessy (Eger), Zoltán Örley (Szeged), Béla Purjesz (Szeged), und Gyula Záhorszky (Diósgyőr). *Az Ideiglenes Nemzetgyűlés Naplója*. Budapest, Athenaeum. 1946. SS. 173 – 180.
- ¹⁶ Die Budapester Delegierten waren: Ernő Bródy, István Füzessey, Barna Horváth, József Kabakovits, Géza Supka und Sándor Szent-Iványi. In der Vertretung von Transdanubien: Nándor Gorzó, Béla Haypál, Rezső Rupert wurden Abgeordnete der Provisorischen Nationalversammlung.
- ¹⁷ *Az Ideiglenes Nemzetgyűlés Naplója*. S. 31.
- ¹⁸ *Reggeli Újság*, 27. Mai 1945.
- ¹⁹ *Paál, J. – Radó, A.*: a.a.O. SS. 207 – 208.
- ²⁰ *Országos Levéltár* (OL – Landesarchiv) P. 1494. F. 75.
- ²¹ Ebenda.
- ²² *Csizmadia, A.*: A nemzeti bizottságok állami tevékenysége 1944 – 1949. (Staatliche Funktionen der Nationalräte) Budapest, 1968. SS. 121 – 123.
- ²³ OL. P. 1494. F. 75.
- ²⁴ Ebenda.

- ²⁵ Minisztertanács Irattára. Protokoll der Sitzung vom 12. März 1945 des Politischen Ausschusses der Nationalversammlung.
- ²⁶ Ebenda.
- ²⁷ Felszabadulás 1944. szeptember 26 – 1945. április 4. Dokumentumok hazánk felszabadulásának és a magyar népi demokrácia megszületésének történetéből. (Die Befreiung zwischen dem 26. Sept. 1944 – 4. April. 1945. Dokumente aus der Geschichte der Befreiung unseres Vaterlandes und der Geburt der ungarischen Volksdemokratie. Budapest, 1955. S. 296.
- ²⁸ OL. P. 1494. F. 75.
- ²⁹ Ebenda.
- ³⁰ Áron Gábor meldete am 9. April 1945 an, das er an der Arbeit der Parteileitung nicht teilzunehmen gedenkt. Béres wurde durch die Budapester bereits Ende März aus seinem Posten als Generalsekretär entfernt, wurde sodann mit Zichy zusammen auch von der Partei ausgeschlossen.
- ³¹ OL. P. 1494. F. 75.
- ³² Ebenda.
- ³³ A Reggel, 16. April 1945.
- ³⁴ Reggeli Újság, 6. Mai 1945, sowie OL. P. 1494. F. 75.
- ³⁵ OL. P. 1494. F. 75.
- ³⁶ Dieses Dokument unterscheidet sich von anderen usuellen Parteistatuten nicht. Enthält die notwendigen Kenntnisse in Verbindung mit dem Aufbau der örtlichen, der Bezirks- und Komitats-Organisationen, die Ordnung zum Aufbau vom Landespräsidium, Landesmagistrat und Präsidialrat, ferner die Vorstellungen, wie die verschiedenen Fachausschüsse (es werden 14 Fachausschüsse gebildet), Jugend- und Frauengruppen erstellt werden sollen, schliesslich die Regelung des Disziplinarverfahrens. Mit den Fragen der materiellen Angelegenheiten von der Partei befasst sich das Dokument nicht.
- ³⁷ OL. P. 1494. F. 75.
- ³⁸ *Csizmadia, A.*: a.a.O. S. 123.
- ³⁹ OL. P. 1494. F. 75.
- ⁴⁰ Ebenda.
- ⁴¹ Ebenda.
- ⁴² Die Presseabteilung des Sowjetisches Militärkomandos richtete an das Verwaltungskomitee der Partei im März 1945 Fragebogen mit innen- und aussenpolitischen Charakter. Die Leitung beantwortete diese am 13. März 1945. Das Zitat wurde vom Antwortschreiben entnommen.
- ⁴³ *M. Somlyai, M.*: Szabadulás és magvetés. Az 1945-ös földreform történetéből. (Befreiung und Saat. Aus der Geschichte der Bodenreform von 1945). Budapest, 1961. S. 16.
- ⁴⁴ OL. P. 1494. F. 75.
- ⁴⁵ Stellungnahme der Bürgerlichen Demokratischen Partei in der Boednreformfrage. Délmagyarország, 4. März 1945.
- ⁴⁶ Az Ideiglenes Nemzetgyűlés Naplója. Budapest, 1946. S. 88.
- ⁴⁷ *Paál, J. – Radó, A.*: a.a.O. S. 353.
- ⁴⁸ *G. Vass, I.*: Békéscsaba a felszabadulástól a fordulat évéig. (Békéscsaba von der Befreiung bis zum Jahre der Wendung.) Békéscsaba 1970. S. 351.
- ⁴⁹ Die Mitglieder des Blocks wären: die Unabhängige Kossuth Partei, Partei des Patriotischen Widerstandes, Ungarische Freiheitspartei gewesen. Magyar Újjászületés. S. 50.
- ⁵⁰ A Reggel, 16. April 1945.
- ⁵¹ Világ Naptár, 1946. S. 121.
- ⁵² OL. P. 1494. F. 75.
- ⁵³ Szabadság, 16. April 1945.
- ⁵⁴ Szabad Szó, 18. Mai 1945.
- ⁵⁵ Szabad Nép, 13. April 1945.
- ⁵⁶ Ebenda.
- ⁵⁷ Világ, 14. Mai 1945.
- ⁵⁸ *Gerő, E.*: Harcba a szocialista népgazdaságért. (Im Kampfe für die sozialistische Volkswirtschaft.) Szikra, 1950 S. 28.
- ⁵⁹ Szabad Nép, 20. April 1945.

- ⁶⁰ Csizmadia, A.: a.a.O. SS. 140 – 142.
- ⁶¹ OL. P. 1494 F. 75. siehe auch: Reggeli Újság, 6. Mai 1945.
- ⁶² Délmagyarország, 15. Mai 1945.
- ⁶³ Világ, 19. Mai 1945.
- ⁶⁴ Teleki, G.: A kultúra fejlődése és a demokrácia. Előadás a Pázmány Péter Tudományegyetem Bölcsészettudományi Karán, 1945 nyarán. (Entwicklung der Kultur und die Demokratie. Vortrag an der Fakultät für Philosophie der Péter-Pázmány-Universität im Sommer 1945.) Im Band: Demokrácia. Budapest, 1945. S. 18.
- ⁶⁵ Balogh, S.: a.a.O. S. 18.
- ⁶⁶ Rákosi, M.: Válogatott beszédek és cikkek. (Ausgewählte Reden und Artikel.) Budapest, 1950. SS. 73 – 74.
- ⁶⁷ A Magyar Kommunista Párt és a Szociáldemokrata Párt határozatai 1944 – 1948. (Beschlüsse der Ungarischen Kommunistischen Partei und der Sozialdemokratischen Partei 1944 – 1948) Budapest, 1967. S. 82. Der bezgl. Teil lautet: „Die Parteileitung wird von der Landesparteitagung angewiesen, als Achse ihrer Politik auch für die Zukunft die enge Zusammenarbeit der demokratischen Kräfte anzusehen. Sie soll die Arbeitereinheitsfront und die enge Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratischen Partei vertiefen und verfestigen... Möge auch mit den weiteren Parteien der Ungarischen Nationalen Unabhängigen Front eng zusammenwirken, mit der Unabhängigen Kleinlandwirtpartei und der Nationalen Bauernpartei.“
- ⁶⁸ Balogh, S.: a.a.O. S. 18.
- ⁶⁹ Világ, 23. Mai 1945.
- ⁷⁰ Szabad Nép, 25. Mai 1945.
- ⁷¹ OL. P. 1494. F. 75.
- ⁷² Ebenda.
- ⁷³ Reggeli Újság, 24. Juni 1945.
- ⁷⁴ Világ, 24. Juni 1945.
- ⁷⁵ OL. P. 1494. F. 75.
- ⁷⁶ Magyar Nemzet, 24. Juni 1945.
- ⁷⁷ Szabad Nép, 8. Juli 1945.
- ⁷⁸ Supka Géza: „Das einzige Gegenmittel“, erschien als Leitartikel in der Nummer am 10. Juli 1945 des Blattes Világ. Nándor Gorzó „Mit offenem Visier“, dieser Aufsatz ist, als Leitartikel in der Nr. vom 12. Juli 1945 im Blatt Világ erschienen.
- ⁷⁹ Reggeli Újság, 15. Juli 1945.
- ⁸⁰ OL. P. 1494. F. 75.
- ⁸¹ Ebenda.
- ⁸² Ebenda.
- ⁸³ Ebenda.
- ⁸⁴ Im Laufe unserer Forschungen ist es uns nicht gelungen, den Abdankungsbrief von Géza Teleki aufzufinden. Es liegt hingegen das Protokoll des Präsidialrates der Bürgerlichen Demokratischen Partei, aufgesetzt anlässlich der am 27. Juli 1945 abgehaltene Sitzung, wo Szent-Iványi über die Umstände der Abdankung berichtete. OL. P. 1494. F. 75.
- ⁸⁵ Ebenda. Das Blatt Világ publizierte das Abdanken von Teleki schon am vorhergegangenen Tage, am 26. Juli.
- ⁸⁶ OL. P. 1494. F. 75.
- ⁸⁷ Világ, 29. Juli 1945: „Die Stellungnahme der Bürgerlichen Demokratischen Partei in der Angelegenheit des Abdankens von Géza Teleki.“
- ⁸⁸ OL. P. 1494. F. 75.
- ⁸⁹ Mit követel a Polgári Demokrata Párt. (Was fordert die Bürgerliche Demokratische Partei.) Debrecen. 1945.
- ⁹⁰ OL. P. 1494. F. 75.
- ⁹¹ OL. P. 1494. F. 62.
- ⁹² Gorzó kam erst Ende März – Anfangs April in die Budapesterteileitung hinein, bis dann war er in Rákospalota tätig, demals war aber die Programmerstellung noch nicht auf der Tagesordnung.
- OL. P. 1494. F. 75.
- Szabad Szó, 12. April 1945.

- ⁹⁵ Kossuth Népe, 28. Mai 1945.
⁹⁶ Világ, 22. Mai 1945.
⁹⁷ Ebenda.
⁹⁸ Világ, 25. Mai 1945.
⁹⁹ Világ, 31. Mai 1945.
¹⁰⁰ Világ, 19. Juni 1945.
¹⁰¹ Ebenda.
¹⁰² A Polgári Demokrata Párt Programja. (Programm der Bürgerlichen Demokratischen Partei.) Budapest, 1945. S. 3.
¹⁰³ Ebenda. SS. 4–5.
¹⁰⁴ Ebenda. SS. 6–9.
¹⁰⁵ Ebenda. S. 4.
¹⁰⁶ Ebenda. S. 6.
¹⁰⁷ Ebenda. SS. 10–11.
¹⁰⁸ Ebenda. SS. 14–15.
¹⁰⁹ Világ, 18. Aug. 1945.
¹¹⁰ Világ, 26. Aug. 1945.
¹¹¹ Világ, 22. Aug. 1945.